

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 M.
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bürostellen-Anzeigen die
gesetzliche Kolonel-Zelle
50 J.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Breh.
Druck von G. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Ausschreibung.

Die Stelle eines Agitationsteiters für die Arbeiter in der chemischen Industrie wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die Bewerber müssen in einem Zweig der chemischen Industrie tätig gewesen sein und haben eine Schilderung ihres Lebenslaufs, sowie ihrer seitherigen Tätigkeit schriftlich einzureichen. Dabei sind Angaben über Tag und Jahr der Geburt und Eintritt in den Verband zu machen. Außerdem ist eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen einzufinden:

1. Wie ist die Agitation unter den in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben?

2. Wie ist das Verhalten bei bevorstehenden und ausgebrochenen Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen?

3. Welchen Einfluß vermag die Organisation auszuüben auf Verbesserung der in der chemischen Industrie vorhandenen Erfahrung von Leben und Gesundheit der Arbeiter?

Die Bewerber müssen Kenntnis der zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie erlassenen Verordnungen und Bestimmungen haben und zur Haltung von Vorträgen befähigt sein.

Das Anfangsgehalt ist 1800 M., jährlich steigend um 100 M. bis zum Höchstbetrag von 2400 M.

Die Bewerbungen sind bis 15. Dezember an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Hannover, 15. November 1909.

Für den Vorstand:
Aug. Breh, Münzstraße 5, 3. Et.

Der Weg zur Macht.

II.

Vor dem Eingehen auf die Sache sei erst kurz einem Bericht entgegengetreten, den ganzen Streit auf ein falsches Terrain zu schieben. Ein Kautsky zustimmender Artikel des Verbandsorgans der österreichischen Metallarbeiter, der in mehreren Partei- und Gewerkschaftsblättern teils kritisiert, teils zustimmend abgedruckt wurde, klängt aus in folgende Sätze:

„Die Erkenntnis der Wahrheit ist niemals gefährlich, sie schlägt nur vor Fehlern und Unvorsichtigkeiten, und kaum müste es um die Gewerkschaftsbewegung bestellt sein, wenn sie den Lebewohl des Proletariats verbieten müßte (oder dazu Ursache hätte), ihren Überzeugungen Bügel aufzuerlegen, weil sonst die Arbeiter gehascht werden könnten... Also, es steht dabei: Die Wahrheit vermag niemals die Gewerkschaften zu schwächen, sie ist nur eine Kräftequelle für sie, führt aber nicht zur „Macht“, sondern zur Stärkung der Gewerkschaften. Der selbstgesäßige Standpunkt des Philisters: „Wie herlich weit wir es doch gebracht haben!“ paßt nicht im geringsten für klassenbewußte Arbeiter.“

Diese Sätze können die Meinung aufstommen lassen, Kautskys Ansichten würden nur zurückgewiesen aus „taktischen“ Gründen, Triebfeder des Biderspruchs sei das Bestreben, die gewerkschaftliche Macht größer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist, um die Werbekraft der Gewerkschaften zu erhöhen. Das wäre aber eine durchaus irrtige Auffassung des Streitgrundes. Die Frage heißt nicht: Schaden Kautskys Prophesien den Gewerkschaften? sondern: Sind die Prophesien Kautskys richtig? Und nur gegen die Richtigkeit werden Einwände erhoben.

Womit begründet nun Kautsky seine „Prognose“? Er behauptet, daß infolge der steigenden Macht der Unternehmerorganisationen „schon in den letzten Jahren der Prosperität, als die Industrie voll beschäftigt war, überall Arbeitermangel lagte, die Arbeiter nicht mehr imstande waren, ihren Reallohn — das heißt, ihren Lohn nicht in Gelb, sondern in Lebensmitteln gemessen — zu erhöhen, daß er vielmehr zurückging“. Kautsky behauptet dann, dieser Rückgang des Reallohns sei „für verschiedene Arbeiterschichten in Deutschland durch private Untersuchungen nachgewiesen worden.“ Welcher Art diese Untersuchungen sind, wann, wo und von wem sie aufgenommen, wo sie publiziert und welches ihre Ergebnisse im einzelnen sind, verschweigt Kautsky. Stattdessen bringt er das Ergebnis einer Statistik, die vom Arbeitsbureau in — Washington (America) aufgenommen worden ist. Von dieser Statistik behauptet er zuerst, daß sie die gesamte Arbeiterschaft Amerikas umfaßt, um gleich hinterher zu erklären, daß jedes Jahr „eine Anzahl Unternehmungen der wichtigsten Industriezweige“ erforscht werden.

Gegen eine solche Statistik läßt sich allgemein der Einwand erheben, daß sie wohl die Vergangenheit, aber nur sehr bedingt die Zukunft erschellen kann. Die Gewerkschaften sind keine abgeschlossenen Gebilde in einem unveränderlichen Wirkungskreise; sie sind vielmehr in fortwährender Umbildung und Weiterbildung begriffen. Sie lernen aus ihren Kampfen, vermehren ihre Erfahrung, wechseln ihre Kampfesweise, bilden sie aus, ergänzen ihre Kampfmittel und vor allem: sie vermehren von Jahr zu Jahr — von den Jahren tieferer Krise abgesehen — ihre Mitgliedszahl und damit ihre Kampffähigkeit. Selbst wenn also eine Statistik ergeben sollte, daß in den letzten Jahren nur eine unwesentliche Erhöhung des Reallohnes stattgefunden hat, so ist damit absolut nicht bewiesen, daß nun auch in Zukunft eine wesentliche Steigerung nicht stattfinden wird.

Neben diesem allgemeinen Einwand sind aber gegen die von Kautsky angezogene Statistik eine ganze Reihe spezieller Einwände zu erheben. So ist wiederholt und mit Recht gesagt worden, daß Zahlen aus Amerika im allgemeinen wenig überzeugend sind; es ist bemängelt worden, daß über die Art der Erhebung und Berechnung nichts mitgeteilt wird, und es ist weiter eingewendet worden, daß die Zahlen, selbst wenn sie einwandfrei sind, für deutsche Verhältnisse wenig oder nichts beweisen. Daneben sind aber noch gewichtige Einwände zu erheben.

So fehlt in den Zahlen jeder Nachweis darüber, wieviel der von der Statistik erfassten Arbeiter überhaupt einer Gewerkschaft angehören. Und doch ist gerade das sehr wichtig. Denn das Bestreben der Unternehmer, die Löhne herabzudrücken, kann natürlich nur abgewehrt, Löhnerhöhungen können nur erkämpft werden von einer organisierten Arbeiterschaft. Die Unorganisierten werden — soweit sie nicht an den Errungenschaften der Gewerkschaften teilnehmen — was, nebenbei bemerkt, in Amerika seltener der Fall ist, als in Deutschland — in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt oder doch auf dem gleichen Stande gehalten. Werden nun von einer Statistik 100 000 Arbeiter erfaßt, von denen 50 000 mit Hilfe ihrer Organisation eine Erhöhung ihres Reallohnes um 10 Prozent erreicht haben, während die übrigen 50 000, weil unorganisiert, eine Minderung ihres Reallohnes um 10 Prozent zu tragen haben, so ergibt die Rechnung 100 : 100, also ein Beharren auf dem alten Stande. Und ein wenig gewissenhafter Forscher kann dann sagen: Seht, was muß euch der gewerkschaftliche Kampf, ihr kommt doch nicht vom Fleisch! Dabei wäre es doch aber das Richtige, zu sagen: Da steht, ihr Unorganisierten, die Macht der Einigkeit; eisert den Organisierten

ständig gesunken und daß infolgedessen der Reallohn pro Stunde erheblich mehr gestiegen ist, als der Reallohn pro Woche. Während die Kaufkraft des Wochenlohnes von 1890—1907 nur 2,9 Prozent stieg, stieg in der gleichen Zeit die Kaufkraft des Stundenlohnes um 8,9 Prozent. Der Rückgang der Arbeitszeit, der sich in der erhöhten Kaufkraft des Stundenlohnes ausdrückt, ist aber doch zweifellos eine erhebliche Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter.

In einer Erwideration auf diesen Einwand, den das „Correspondenzblatt“ gegen Kautsky geltend machte, erklärte dieser allerdings, daß die kürzere Arbeitszeit ausgeglichen werde durch die intensivere Arbeit. Das mag in vielen Fällen zutreffen, aber es trifft nicht immer zu. Die gesteigerte Arbeitsleistung ist oft eine Folge der verbesserten Technik. Aber selbst wenn die Arbeitsleistung steigt, so ist die Kürzung der Arbeitszeit immer noch ein Fortschritt. Außerdem ist dem Einwurf auch entgegenzuhalten, daß die Arbeiter heute — dank der gewerkschaftlichen Tätigkeit — unter ganz andern hygienischen Bedingungen arbeiten als vor einigen Jahrzehnten. Wo heute die Organisation stark ist, da gibt es auch Schuhvorrichtungen, Staubabsaugung, Lüftung, Wasch-, Ankleide- und Unterflurstäume, teilweise auch Bäder und Arbeitskleider. Eine Verbesserung des Arbeitsplatzes macht aber in vielen Fällen die gesteigerte Arbeitsleistung erträglicher als die weniger intensive auf schlechtem Arbeitsplatz. Über diese Verbesserung der Betriebseinrichtungen hat auch nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Vorteile. Selbstverständlich gibt es in dieser Richtung noch viel zu tun, aber schon das, was getan ist, muß mit in Anspruch gebracht werden, wenn die Erfolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit gewertet werden sollen. Die nächsten Ziffern der amerikanischen Tabelle enthalten aber darüber nichts.

Außerdem hat das „Correspondenzblatt“ der General-Kommission in einer längeren, reichen Material-bietenden Artikel-Serie den Beweis erbracht, daß die deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren eine erfreuliche Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder erreicht haben; trotz der deutschen Post- und Steuropolitik.

Aber die amerikanische Statistik hilft ja auch nur die zweite Prämisse Kautskys. Sie soll nur Beweis sein für die Behauptung, daß die Unternehmerverbände den Fortschritt der Arbeiter aufheben. Mit der Unrichtigkeit und Unzulänglichkeit der Statistik ist nicht zugleich die Unrichtigkeit der aufgestellten Behauptung bewiesen. Und Kautsky weiß auch genau, daß sich ein schlüssiger Beweis ebenso wenig gegen wie für diese Behauptung führen läßt. Es kann nur untersucht werden, ob die bisherigen Erfahrungen mit den Unternehmerverbänden, die Kenntnis ihrer Kampfmittel und Kampfenergie, ihrer Organisation und ihrer Entwicklung uns zu Schlüssen zwingen, die notwendig oder doch mit Wahrscheinlichkeit zu den von Kautsky entwickelten Ansichten führen.

Die bisherigen Erfahrungen berechtigen u. E. das Urteil Kautskys nicht. Das Gewerbe mit der geschlossensten Arbeitgeberorganisation — das Buchdruckergewerbe — hat die am besten geregelten Arbeitsbedingungen und die am sichersten funktionierenden Einrichtungen zur gegenwärtigen Verhandlung und Schlichtung von Streitigkeiten. Im Bauwesen haben wir nicht geschlossene, aber recht starke Organisationen und doch sind die Arbeitsbedingungen dieser Berufe in ganz besonderem Maße durch die Gewerkschaftsarbeit gehoben worden. Dagegen haben wir in der Ziegelindustrie, einem Gewerbe mit schwachen Unternehmerverbänden, geradezu organisatorische Haushalte. Der Arbeitgeberverband der Ziegeleibesitzer in Rheinland und Westfalen z. B. führte im Vorjahr eine allgemeine Lohnkürzung um 5 Prozent durch, und vor wenigen Wochen ging er mit einer neuen Kürzung schwanger. Die Ursachen des wechselnden Verhaltens der Unternehmerverbände liegen klar zutage: Im Buchdruck- und Baugewerbe stehen den Unternehmern starke Gewerkschaften gegenüber, den Ziegeleibesitzern in Rheinland-Westfalen aber ein gewerkschaftlicher Federwisch, der Gewerbeverein der lippischen Zieger.

Eins ist allerdings zu beachten. Es wäre ohne die Unternehmerverbände in manchem Einzelfalle möglich, mehr herauszuholen, aber anderseits zieht der Unternehmerverband, sobald die Arbeiter stark genug sind, um Vereinbarungen über einen größeren Kreis zu treffen, Mitglieder in den Kreis dieser Vereinbarungen, die von der Arbeitersorganisation noch nicht zu fassen waren. Es liegen sich zahlreiche Beispiele aus der gewerkschaftlichen Praxis aufzählen, wo die Unternehmerorganisation den Arbeitern mehr genutzt als geschadet hat. Auch die Erfolgsziffern der Streits und Aussperrungen zeigen keinen nennenswerten Einfluß der Unternehmerverbände. Sedenfalls läßt sich aus den bisherigen Erfahrungen der Schluss nicht herleiten, daß die Gewerkschaften erdrückt oder auch nur zurückgedrängt würden.

Wie steht es aber mit der Zukunft? Die Unternehmerverbände sind jünger als die Gewerkschaften. Es liegt in

Jahr	Zehntausend Arbeiter	Arbeitszeit	Gehalt	Stundenlohn	Reallohn	Wertpapiere im Zeitraum	Kaufkraft des	
							Stundenlohn	Reallohn
1890	94,8	100,7	100,3	101,0	102,4	97,9	98,6	
1891	97,3	100,5	100,3	100,8	103,8	96,6	97,1	
1892	99,2	100,5	100,8	101,3	101,9	98,9	99,4	
1893	99,4	100,3	100,9	101,2	104,4	96,6	96,9	
1894	94,1	99,8	97,9	97,7	99,7	98,2	98,0	
1895	96,4	100,1	98,3	98,4	97,8	100,5	100,6	
1896	98,6	99,8	99,7	99,5	95,5	104,4	104,2	
1897	100,9	99,6	99,6	99,2	96,3	103,4	103,0	
1898	106,4	99,7	100,2	99,9	98,7	101,5	101,2	
1899	112,1	99,2	102,0	101,2	99,5	102,5	101,7	
1900	115,6	98,7	103,5	104,1	101,1	104,4	103,0	
1901	119,1	98,1	108,0	105,9	105,2	102,7	100,7	
1902	123,6	97,3	112,2	109,2	110,9	101,2	98,5	
1903	126,5	96,6	116,3	112,3	110,3	105,4	101,8	
1904	125,7	95,9	117,0	112,2	111,7	104,7	100,4	
1905	133,6	95,9	118,9	114,0	112,4	105,8	101,4	
1906	142,9	95,4	124,2	118,5	115,7	107,3	102,4	
1907	144,4	95,0	128,8	122,4	120,6	106,8	101,5	

Kautsky hat also just die Ziffern aus der Tabelle herausgeschält, die für seine Beweisführung passen. Hätte er die ganze Tabelle gegeben, hätte er seine Folgerungen daraus wesentlich einschränken müssen. Er hätte dann anerkennen müssen, daß die Arbeitszeit im letzten Jahrzehnt fast

der Natur der Sache, daß sie sich schneller entwickeln, daß sie leichter zu disziplinieren und besser zu dirigieren sind, daß sie also ihre Kräfte schneller steigern können als die Arbeiter. Aber dieser Vorsprung wird ausgeglichen dadurch, daß das Wachstum der Gewerkschaften nach zwei Richtungen wirkt; es steigert die Macht der Arbeiter und schwächt gleichzeitig die der Unternehmer. Die Gewerkschaften holen ihre Waffen nicht aus der Schmiede, sondern aus dem Arsenal ihrer Gegner.

Wenn wir von der Unterstützung und Aussperrung absehen — die übrigens fast immer eine Mehrung der Gewerkschaftler zur Folge hat und sich dadurch in ihren Wirkungen selbst dann aufhebt, wenn sie erfolgreich war —, so bleibt den Unternehmerverbänden an wichtigeren Kampfmitteln noch der Arbeitsnachweis, die Maßregelung, die schwarze Liste und die Beschaffung von Streikbrechern; letzteres entweder durch Beschaffung während des Streiks oder durch systematische Aufzucht in gelben Vereinen.

In allen diesen Fällen pfügen aber die Unternehmer mit fremdem Blute. In demselben Maße, wie die gewerkschaftliche Ausbildung fortschreitet, verlieren diese Kampfesmittel an Wert. Wir schrieben schon früher einmal: „Sie mehr Arbeiter der Organisation angehören, um so machtloser sind die Arbeitgeberverbände. Die Arbeitgeberverbände können keine Streikbrecher beschaffen, wenn sie kein Arbeiter dazu hergibt; sie können keine gelben Gewerkschaften gründen, wenn die Arbeiter sich nicht als Mitglieder anwerben lassen; sie können keine schwarzen Listen führen, wenn alle Arbeiter organisiert und für ihre Organisation tätig sind; sie können keine Maßregelungsnachweise einrichten, wenn sie nicht von den Arbeitern benutzt werden, und sie können nicht durch Wohlfahrtsseinrichtungen Arbeiter an den Betrieb fesseln, wenn die Arbeiter Lohn statt Wohltaten fordern. Die Arbeitgeberverbände sind nur stark, weil ein erheblicher Teil der Arbeiter für sie und gegen ihre eigenen Arbeitsbrüder kämpft.“ Sie können den prophezeiten eisernen Ring nur dann schließen, wenn die Arbeiter selber die Ketten dazu schmieden.

(Ein Schlußstrich folgt.)

Wirtschaftliche Umschau.

Enttäuschung. — Stimmungsmaße. — Besuchungen. — Lebensmittelverteilung. — Preis-
herabsetzung. — Geschäft für Arbeiter.

Zu den schwämmenden Total hochkonjunkturlicher Erwartungen, der den Lesern der bürgerlichen Blätter vor einigen Wochen freudenst wurde, sind mittlerweile so viele Vermutropfen der Enttäuschung gesessen, daß der Trend sehr unangenehm bitter geworden ist. Sprunghaft gingen die Bankdiskontsätze in die Höhe, die Bank von England erhöhte den Sitz für Leihgeld in rascher Folge von $2\frac{1}{2}$ auf 5 Prozent; die deutsche Bank erhöhte in derselben Zeit den Diskont von $3\frac{1}{2}$ Prozent auf 5 Prozent. Solche Geldversteuerung wirkte naturnahend lästigend auf die Unternehmungslust, um so mehr, als zu befürchten steht, daß die Reichsbank noch im Laufe des Jahres zu einer weiteren Diskontsteigerung kommen wird. Das läßt vor Engagements zurücktreten. So haben wir, noch ehe eine wirkliche industrielle Belebung einzusetzt hat, auf dem Geldmarkt Verhältnisse, die immer abfallend würden und in der Regel das Beispiel zu einer Krise sind. Mögen sie es diesmal nicht sein, Nachteil haben sie auf jeden Fall für die Warenproduktion. Diese ist gewissermaßen schon auf Betrieb mit Kapitalgewinn belastet, mit hohen Gestaltungskosten, die ein starkes Hindernis bilden für Lohnsteigerungen. Für die Arbeiterschaft sind solche Vorgänge eindeutigvolle Erläuterungen zu dem Kapitel von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit.

Die erwähnte Geldübersteitung resultiert vorwiegend aus Spekulationsmärkten, die eine starke Höhe am Effelteimarkt, wie auch zum Teil am Borsenmarkt auslösen. Die Kurie der meisten Industrievereine gingen in die Höhe, als sei schon für das laufende Jahr mit stark gelegenen Dividenden zu rechnen. Und die Werksdirektoren werden alle ihre Ausrußungsträume entspannen, das heißt die Löhne drücken, soweit möglich die Arbeitlosigkeit gefallen lassen, damit die Aktienkurse eine möglichst hohe Dividende erhalten. Die Kurse sind ihre Stütze durch stimmgewollte Werksberichte und kreative Pressemitteilungen. Wie die Hintermänner der Interessenten erläutern, dafür einen dreifachen Vorteil. Als Beweis für die mit Kraft betriebsfördernde finanzielle Radfrage am Industriemarkt wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die jüngste Tageszeit von einer englischen Firma 190 000 Zellen Schwellen für Transvaal überreichten habe. Dann las man von in Aussicht stehenden Preissteigerungen und davon, daß die Werte auf Renate hinzu mit Aufwerten möglich bedacht seien, weitere Oderes nur noch mit längerer Sicherheit entgegenzusehen werden könnten. Bestimmtlich mußte schon bei all diesen Redenungen sein, daß am Schleiermarkte von der Bedrohungswirkung fast nichts zu spüren war. Obwohl der Betriebsaufschwung bisher größere Anträge für Haushandelsgüte brachte, erhielt der Geschäftsrund kaum Erhöhung. Die Industrie, die eigentlich intensiv beschäftigt sein sollte, entwidmet kein größeres Produkt nach Haushaltsgütern, wenigstens nicht in einem Umfang, daß davon der Schleiermarkt angeregt werden könnte. Der Schleier hat eigentlich wirtschaftlichen Rohstoffbestand, die Einschätzungen für die Rohstoffförderung nicht zu erhöhen, hat sich als der Nachfrage entzweigend erwiesen. Nach den berüchtigten Verhandlungen in der Ecke der dem Staatsberater vorenden Sitz in Hallein, Gernach und Giersbachmetrich. Dafür um rund 20 000 Tonnen höher der Verbrauchsmenge des Vorjahres eingetragen. Jedoch ist kein Beweis für fortwährende Produktion. Das heißt, ergangene Erklärungen haben mehrere Werke jetzt mit der Erhöhung von Betriebsräumen das Auge gesetzt. Und nun, nachdem dieser Fall dem Aufenthalten einer Reaktion des Landes gegangen sind, erkennt man, daß der große Schleierbeschaffung, mit dem man sonst viel zu geweckt, schon der längere Zeit erfolgte und ein ganz leichter Aufschwung war, denn es verfügt nicht 190 000 Tonnen, sondern nur 100 000 Tonnen. Nur den sensationell angekündigten Preissteigerungen ist es verdächtig und wichtig, denn der Geschäftsrund hat den Verdacht für das 1. Quartal 1910 in allen Werken fragegestellt. Die meisten dieser angekündigten Preissteigerungen bringen höchstens ein Riesen, das nicht mehr unter dem Schleiermarkte liegt. Zum Auszug der Untersuchungskommission standen auch nicht die Erklärungen einiger der bestreiten Geschäftsräume über die Nachfrage. Der Generaldirektor der Schleiermarkte, der wohl Angreifer einer wirtschaftlichen Poldauer, bestätigte zwecklos Wissen, aber von einer Preissteigerung für das Jahr 1910 noch nichts. Bequem befürwortete ja der Generaldirektor des Rothenauer Betriebes, Großherzogtum in Sachsen. Seiner Erfahrung nach kann die Preise noch viel zu hoch, um als Preissteigerung zu halten. Eine solche Untersuchungsergebnisse ja bestanden zu sein, das Aufschwungsergebnis habe ja auch gezeigt, aber im Ergebnis lange noch nicht den höchsten Nachfrage.

So werden die höheren Stufen der Entwicklung der sozialen Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, mit den die Stellen überbrückenden Formen, von einer neuen sozialen und erziehungstechnischen Erweiterung der Oberschule. Hier wird man nicht von den übergeordneten Formen sprechen; die Erfahrungen des Arbeitsmarktes zeigen in den nächsten Jahren wieder eine ausgedehnte Gewerkschaftsarbeit. Diese Erfahrungen sind nicht unberücksichtigt.

Erhöhten Anlaß dazu gibt die Bewegung der Preise am Produktionsmarkt!

Wenn auch von normalen oder gar billigen Lebensmittelpreisen nicht die Rede sein könnte, so waren wir doch von den höheren Notstandspreisen in den letzten Monaten etwas herabgekommen. Besonders im September d. J. war der Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse im allgemeinen so weit zurückgegangen, daß ein seit mehreren Jahren nicht mehr erzielter Gesamtbüchsigkeitsfaktor herausstellte. Nun aber scheint, als ob wir im nächsten Winter die höchsten Fleischpreise gleichzeitig mit ungewöhnlich hohen Getreidepreisen zu erleiden haben werden. Jetzt schon gehen die Fleischpreise springhaft in die Höhe, aber der Gustrieb bleibt schwach. Von einer Viehnott ausgehend, steht uns eine Flechnott bevor, wie wir sie vielleicht noch nicht erlebt haben. Allerdings, im Auslande gibt es billiges Vieh und Fleisch, aber unsre Jäger wollen sich die Preise nicht verbauen lassen und darum müssen die Grenzen geschlossenbleiben. Zum Schutze des nationalen Schweines und des nationalen Ochsen, behaupten die Jäger, in Wahrheit zur Füllung ihres Portemonnaies. Um Getreidemarkt hat sich ebenfalls wieder ein Umschwung gründungen der Konsortienten vollzogen.

Roggenmehl notierte in Berlin im Großhandel im September 1907 per Doppelzentner $28\frac{1}{2}$ M., im September 1908 $22\frac{1}{2}$ M., im 1. Quartal dieses Jahres $21\frac{1}{2}$ M. und jetzt wieder $21,86$ M. Die Bewegung der Weizenpreise war in derselben Reihenfolge diese: $30\frac{1}{2}$ M., $27\frac{1}{2}$ M., $26\frac{1}{2}$ M., $29\frac{1}{2}$ M. Die Weizenpreise hielten jedoch immer etwas hinter den Getreidepreisen her. Schärfer markiert daher die neue Richtung nach oben eine Vergleichung der Notierungen für Getreide. Es ergeben sich da folgende Resultate: Weizen April 1908: 208,70 M., August 1908: 204,00 M., April 1909: 210,81 M. und August 1909: 241,85 M. Die Roggenpreise gingen von 189,87 M. im April 1908 auf 173,40 M. im August desselben Jahres zurück, sonnen im April 1909 auf 211,68 M. und hatten im August dieses Jahres wieder die Höhe von 178,91 M. erreicht. Auf dem Hudemarkt hat ebenfalls eine steigende Tendenz eingesetzt. Massinade-Buder kostete in Magdeburg per Doppelzentner April 1908: 42,06 M., September 1908: 49,92 M., April 1909: 40,54 M. und September 1909 schon 52,50 M. Eine bedängstigende Preishäufse herrscht an der Bannholzbrücke. In Bremen kostete Middling Upland im September des vorigen Jahres 100,23 M., im April 1909: 102,92 M. und im September dieses Jahres 133,70 M. per Doppelzentner. Und die Preissteigerung hat noch weiter angehalten. Für die Leinwandindustrie öffnet das trübe Ausichten.

Im Gegensatz zu der Preisbewegung am Produktionsmarkt hat in einer Industrie, die zum Organisationsgebiet unseres Vertrages gehört, eine Wendung vollzogen: in der Zementindustrie des preußisch-Westfälischen Zementkonsortiums sind die Preise um durchschnittlich 25 Prozent ermäßigt. Das ist natürlich nicht geschehen, um den verbrauchenden Gewerben billiges Rohmaterial zur Verfügung zu stellen, der Rot gehorrend, um die durch Preisüberhöhung großgezogene Konkurrenz unschädlich zu machen oder sie das Syndikat hineinzuzwängen, hat man die Maßregel getroffen. Durch das Syndikat in Verbindung und nach Vereinbarung mit andern Produzentengruppen festgesetzte Preise zeigten einmal Errichtung immer neuer Werke, dann aber auch wurde die Auslandskonkurrenz herangeführt. Besonders waren es belgische Werke, sich in Deutschland einen wachsenden Absatz verschafften. Die ihnen offerierten Preise, für allerdings nicht gleich gute Qualität wie die deutschen Werke lieferten, hielten sich bis 50 Prozent unter dem Syndikatspreise. Die neuen Werke Polen, die dem Syndikat nicht beitreten und daher nicht

Zurück, die vom Syndikat nicht vertraten und daher nicht deren Preise gebunden waren, konnten mit geringen Konzessionen ihr Abneigung finden, die natürlich den Syndikatsvertrag verloren gingen und diese zu Produktions einschränkungen zwangen. Die jetzt geschlossene Verabredung der Syndikatspreise soll da Remedy schaffen. Für die Arbeiter hat der Vorgang insofern ein besonderes Interesse, als er ihnen zeigt, daß die Unternehmer die Preise nicht nach den tatsächlichen Selbstkosten, sondern nach Willkür festlegen. Ist zudem die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß Werke versuchen werden, die Kosten des Konkurrenzmarktes auf Arbeiter abzuwälzen. Diese müssen sich daher vorsehen, damit sie in der Organisation eine Verteilung finden gegen jene, die ohnehin nicht rosig Arbeitsverhältnisse noch weiter zu schlechtern. Das nicht nur! Die in der Betriebsindustrie erzielte Konkurrenz läßt eine erhebliche Lohnausbeutung für die in ihr beschäftigten Arbeiter zu. Die Voraussetzung dafür ist aber eine gute Organisation. Wer die Ausbreitung und Sichtung dieser energisch tut, leistet die allerbeste Vorarbeit für eine günstige Gestaltung Arbeitsverhältnisse.

Aus der Papierindustrie.

Einige Bemerkungen zu dem Verwaltungsbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft.

Genuß so schablonenmäßig, wie nach Form und Inhalt alljährlich der Bericht der Papiermacher-Verksgenossenschaft fabriziert ist, und mit derselben „Gewissenhaftigkeit“, für welche in dem Aufsatz in Nr. 41 auf Seite 245 des „Proletariers“ ein drastisches Beispiel giziert wird, also genau so schablonenmäßig und gewissenhaft — ich rede auf Grund eigener Beobachtungen in der Praxis — werden auch die regelmäßigen Betriebsrevisions seitens der technischen Aufsichtsbeamten der Verksgenossenschaften ausgeführt. Es ist daher selbstverständlich, daß die in den Jahresberichten verzapften Explikationen dieser Herren nur subjektive Bedeutung beanspruchen können. Nur von diesem Gesichtspunkt aus dürfen die ständigen Klagen über das Verhalten der Arbeiter betrifft angebrachter Schutzausrüstungen und Auflösung gebotener Vorsichtsmäßigkeiten betrachtet werden. Woher wissen z. B. die Herren Aufsichtsbeamten, daß die Arbeiter Schutzausrüstungen beseitigen, wenn nur geringe oder eingebildete Unbequemlichkeiten vorliegen? Ich antworte: sie schöpfen ihre Weisheit nur aus den Erzählungen der Unternehmer resp. deren Stellvertreter, der Fabrikdirektoren. Ich habe eine lange Reihe von Jahren Gelegenheit gehabt, den verschiedensten Revisionen und Unfalluntersuchungen beizuhören und weiß demzufolge, mit welcher schablonenmäßigen Einseitigkeit dabei verfahren wird. Nicht eine Revision weiß ich, welche der verksgenossenschaftliche Beauftragte ohne Begleitung des Fabrikdirektors in der Fabrik vorgenommen hätte. Demzufolge hatten die Arbeiter auch niemals die Möglichkeit, den Beamten auf besondere Umstände hinzuweisen zu können; die ständige Begleitung des Direktors verhinderte jede offene Preisbezügliche Aussprache. Eine solche Aussprache würde aber oftmaß den Beamten darüber belehren, daß nicht die Arbeiter es sind, welche angeordnete Schutzausrüstungen aus Gleichtüchtigkeit oder andern Ursachen beseitigen, sondern daß, wo eine solche Beseitigung stattfand, dies gewöhnlich auf Initiative und Anordnung von Vorgesetzten, ja sogar auf Befehl des Direktors erfolgte.

Entgegengesetzte Behauptungen will ich durch ein typisches Beispiel beweisen, das in einer Papierfabrik spielte, welche von einem alten, ehrwürdigen Direktor geleitet wurde, der die größte Erfahrung gesammelt, wenn sein Werk auch nur

ganz leise angezweifelt wurde! Sehen wir aber zu, wie es handelte.

Das Sicherheitsventil am Dampfkessel trat bei über $3\frac{1}{2}$ Atmosphären in Aktion; das war oft unbequem, nicht gerade für die Arbeiter, aber im Interesse des Betriebes lag es, wenn der Dampfdruck höher gespannt werden konnte. Da nun der Direktor der Reinigung war, daß der Dampfkessel ganz gut $4\frac{1}{2}$ und noch mehr Atmosphären Druck aufzuhalten könne, so tat's zunächst ein Schraubenschlüssel, welchen der Herr Direktor eigenhändig auf den Hebel des Sicherheitsventils legte und damit die Tätigkeit desselben ausschaltete. Doch o weh, der Kesselinsektor bemerkte es bei der Revision, und wie werde ich die Sache vergessen, die sich daran im Kabinett abspiele. Mit größter Entrüstung protestierte der Herr Direktor gegen — den leichtsinnigen Kesselheizer! Doch es kommt noch besser! Um einen ringend notwendigen Kesselumbau zu umgehen oder wenigstens hinausschieben zu können, mußten die vorhandenen, längst veralteten und unzulänglich gewordnen Dampfkessel übermäßig gespannt und das bei über $3\frac{1}{2}$ Atmosph.^{re} drückige Seifen des Sicherheitsventils und damit verbundene Dampfentweichen unabdingt verhindert werden. Und wieder war es der Herr Direktor, der eine sinnreiche Vorrichtung diesem Zweck entwarf, durch welche der Kesselinsektor nicht auf den ersten Blick die Belastung merken konnte.

Eine solche Unverscorenheit mühte natürlich bei jedem ständigen venfenden Menschen helle Empörung auslösen. Eine genaue Untersuchung bestätigte natürlich die in einer criflichen Anzeige gemachten Beschuldigungen. Die wohl-dienste, aber meines Erachtens viel zu niedrige Strafe von 10 Mark blieb nicht aus.

Die Akten der königlichen Gewerbeinspektion in Dresden
nen den vollgültigen Beweis für vorliegende Behauptungen
bringen und wir sehen, wie abhängige Arbeiter für die
oben, unverzerrlich leistungsfähigen Gesetzesübertretungen der
Fabrikdirektoren verdächtigt werden. Die Herren Beauftragten
der Berufsgenossenschaften sollen doch endlich Vernunft an-
nehmen und sich hüten, lediglich auf Aussagen der Fabrik-
tungen hin ehrenwerte Arbeiter zu verdächtigen. Sie sollten
auch andre, unparteiische Urteile berücksichtigen und dann vor
den Dingen nach einem andern als dem bisherigen Modus
die Revisionen vornehmen. Ich empfehle auch den techni-
schen Berufsgenossenschaftsbeamten das Studium des Buches
von Dr. Schaefer. Was dort auf Seite 256 gesagt ist,
ist leider, leider auf sehr viele deutsche Papierfabriken zu
Anhälse zu schaffen, ist dringend nötig. Nicht immer
sind finanzielle Schwierigkeiten die Wurzeln der Unter-
gangssünden, viel öfter vielmehr einzig und allein der
dunger rücksichtloser Fabrikanten.

Doch, werden die technischen Aufsichtsbeamten sagen, re Urteile stützen sich nicht nur auf eigene Wahr-
nungen, gesammelt bei unseren Revisionen, nein, die Er-
gebnisse der gründlichen Untersuchungen, die nach jedem
einer Unglücksfall vorgenommen werden, geben uns wert-
volle Fingerzeige für unsre künftigen Maßnahmen. Diese
uns in Gemeinschaft mit behördlichen Verwaltungs-
beamten angestellten Erörterungen liefern mit die Grund-
lagen für unsre Jahresberichte und geben den Beweis für
unsre Hypothesen.

Es könnte so sein, wenn, ja wenn nicht diese Untersuchungen ebenfalls fast regelmäßig nach dem bekannten Schema F und in ständiger Weise der Fabrikleitung vorzunehmen wüssten. Ehe die Untersuchungskommission nach einem Unfall in der Fabrik eintrifft, sind oft Wochen vergangen und der bekannte Brunnentopf ist längst zugeschüttet. Die umgreichenden Protokolle, die dann aufgenommen werden, meist vollständig wertlos im Hinblick auf Abstellung anderer Unfälle und Verhütung ähnlicher Unfälle, haben nur Wert zur Herbeiführung späterer Rentenabrechnungen. Der Inhalt dieser Protokolle basiert meist auf Sicherungen und Verdächtigungen der Fabrikleitungen, gegenüber die oft recht ungern geschildert geführten Befragungen der als Unfallzeugen vernommenen Arbeiter einen Ausklang geben.

Es ist Tatsache, daß die meisten Unfälle zurückzuführen auf übermäßige Anspannung der Arbeitskräfte, hervor-
seien durch intensive Arbeitsweise und übermäßig lange
Höldauer. Einen Arbeiter, der in einem so technisch-maschi-
nellen und chemisch-wissenschaftlich komplizierten Fabrikations-
vorgang seine ganzen geistigen und physischen Kräfte ständig
aktivieren muß, um unterbrochen zwölfe Stunden
lang ins Sech zu spannen, ist einfach langsamer, aber
er kostet, zumal wenn man noch die erträglichen Lohn-
umrisse damit kommuniziert, die keine entsprechende und
gernend Ernährungsweise gestatten. Anderseits tragen zu
erstrecklich hohen Unfallziffern die fast unglaublichen
Unseligkeiten der Unternehmer bei Befolgung der getroffenen
Vorschriften einen guten Prozentsatz bei. An diesen Tat-
sachen ändert nichts die Vereinabreden, speziell des sächsischen
Arbeitsbeamten der Berufsgenossenschaft über das angebliche
Leben der Arbeiter.

Einsichtigere Beamte haben auch die Ursachen der vielen Unfälle längst richtig erkannt. Sehr beachtenswert ist ein Vortrag, den Gewerberat Willner in Skrotoschin in der „Sozialpraxis“ veröffentlicht. Die Behauptung, daß durch die Schuld der Arbeiter zahlreiche Unfälle hervergerufen werden, weist Gewerberat Willner weit zurück. Er ist in diesem Punkt ganz anderer Meinung und sagt, in ganz besonderem Maße habe die Unfallversicherung bei den Arbeitgebern und deren Organen das Interesse an der Unfallverhütung schwächtet, ja zum Teil sogar aufgehoben, da diese an der Verhütung in ihren eigenen Betrieben fast gar nicht mehr interessiert seien. Er meint daher, ein wesentlicher Anfang in den Unfallziffern sei nur dann zu erwarten, wenn Arbeitgebern und ihren Beamten, die infolge ihrer auernden Unwesenheit in ihren Betrieben Unfälle am ehesten verhindern könnten, ein sehr fühlbarer materieller Nutzen gegeben werde, sich mehr als bisher in dieser Richtung zu betätigen. Zu diesem Zwecke schlägt Gewerberat Willner vor, den Arbeitgebern einen Teil der den Unfallziffern zu zählenden Kosten unmittelbar aufzuwerfen und

mit den Meist durch die Genossenschaft zahlen zu lassen. Diese Teilung der Menschheit soll so vorzunehmen sein, daß einerseits der auf den Unternehmer fallende Teil groß genug wäre, um ihn in seinem eigenen wirtschaftlichen Interesse zu einer sachgemäßen und vorsichtigen Betriebsweise und zur Anwendung geeigneter Sparmaßnahmen zu побуждать, daß er ihm aber andererseits, falls trocken Unfälle eintreten, das Weiterdenken nicht unmöglich mache. Von dieser Regel versteht sich Willkür ein wesentlicher Sinn der relativen Unzulänglichkeit. Er erwartet davon aber noch weitere günstige Wirkungen. Die Unternehmer würden sich angeleget sein lassen, die Arbeiter zu größerer Intelligenz, Gewandtheit und Vorsicht zu erziehen. Für die Aufführungskräfte würde die vorgeschlagene Regelung ebenfalls vorteilhaft sein. Jeder Unternehmer würde dann einen Grund haben, die Unfallfolgen aufzuhüften. Zur Ergänzung dieser Regel schlägt der Gewerberat noch vor, Auszeichnungen und Prämien an Unternehmer zu gewähren, deren Betriebe sich durch besondere Seitenheit von Unfällen auszeichnen, dagegen geringe Bestrafung solcher Betriebsinhaber und Leiter, durch deren Nachlässigkeit oder Rücksichtlosigkeit bei der Benutzung ihrer Arbeitskräfte oft schwere Unfälle vorgekommen sind.

So erreicht ein Gewerberat! Er ist also ebenfalls von der Nachlässigkeit und Rücksichtlosigkeit der Unternehmer überzeugt und fordert deren Bestrafung; allerdings nicht geistig, sondern nur Strafe am Geldbeutel. Verbesserungswillt können wie solche Ausführungen und Vorschläge berühren in unserm ständigen weiteren Kampfe gegen das Unternehmertum und seine freiwilligen und unfreiwilligen Helfershelfer, bis wir durch unermüdliche Aufführungsarbeit bessere Zustände geschaffen haben, bis es dem gemeinsamen Willen gelungen ist, die kapitalistische Unordnung, Ausbeutung und Unterdrückung durch eine gerechte sozialistische Ordnung zu ersetzen.

G. Hippé.

+ Geschwitz. Wiederholte haben wir versucht, die Arbeiter der Papierfabriken des Kommerzienrats Weber für den Verband zu gewinnen, aber weder Betriebsversammlungen, noch Haussagitation brachten uns den gewünschten Erfolg. Und doch hätten die Arbeiter und Arbeiterrinnen dieses Betriebes Anlaß genug, zu uns zu kommen. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden, bei Schichtwechsel 16 bis 18 Stunden; auch 24, ja 36stündige Arbeitsschichten müssen häufig geleistet werden. Sogar jugendliche Personen unter 16 Jahren wurden zur Nachtschicht herangezogen; erst auf Einigkeiten des Verbandes unterblieb das. Die Löhne sind darüber niedrig. Frauen verdienen 10 — in Buchstaben zehn — Pfennige pro Stunde. Zum Allordringen sie es beim Papiersortieren auf 7—9 M., bei dem gewundehaftlichen Sortieren der Kumpen wird noch weniger verdient. Arbeiter verdienen ganze 23—27 Pf. pro Stunde. Die Behandlung der Arbeiter läßt sehr viel zu wünschen übrig. Trotz alledem blieben die Arbeiter dem Verband fern.

Sieht endlich scheinen sie zu der Einsicht zu kommen, daß sie ihr eigenes Interesse verklämt haben. Der Besitzer der Fabrik, Kommerzienrat Weber, ein 25 facher Millionär, ist nämlich gestorben und sein Nachfolger in der Regierung glaubt einiges tun zu müssen und tut die Jammerlöhne noch mehr. Das scheint endlich die Arbeiter aufzutun. Es wird auch wirklich hohe Zeit. Hätten die Arbeiter eher den Anschluß an den Verband gefunden, so hätte Herr Weber vielleicht etwas weniger als 25 Millionen hinterlassen, aber die Arbeiter ständen sich heute besser.

Arbeiter und Arbeiterrinnen der Fischindustrie, vor die Front!

Durch fortgesetzte Wahlarbeit scheint sich nunmehr der "Verein der Fischindustriellen Deutschlands" für den Erfolg von Sonderbestimmungen für die Beschäftigung von Arbeiterrinnen in den fischindustriellen Betrieben bei der Regierung das adlige Gehör verschafft zu haben.

Wie bereits in der letzten Nummer des "Proletariers" vermerkt, sind dem Bundesrate Entwürfe von diesbezüglichen Ausnahmevereinbarungen zugegangen.

Auso alle Vergünstigungen, die bisher zur unbeschränkten Ausdeutung hauptsächlich der weiblichen Arbeitskraft bestanden, gingen den Herren Fischindustriellen noch nicht. Ihre Bestrebungen sind vielmehr darauf gerichtet, die Fischindustrie ganz und gar von den beschaulichen Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeiterrinnen zu befreien. Schon bisher haben die Fischindustriellen diese Bestimmungen frech verlegt.

Seinem diesbezüglichen Wunsche hat der "Verein der Fischindustriellen" vor Jahren unumwundenes Ausdruck verliehen in einem in der "Deutschen Füchiger-Zeitung" erschienenen Artikel, der auf der Feder des Vorstandes des Vereins stand. Der selbe lautet dem Sime nach wie folgt: "Die Fischindustrie, nämlich die Räucherherren, Marineraufzälen, Fischkonservenfabriken, hätten sich erst in neuerer Zeit zu großer Bedeutung entwickelt, insbesondere seien erst jetzt größere Betriebe entstanden, auf welche man die beschaulichen Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeiterrinnen in Anwendung gebracht habe."

Hierdurch sei das Bedürfnis nach einer Abänderung dieser Bestimmungen entstanden, welche aber bisher vorsichtig verstreut worden sei. Die Notwendigkeit, der Fischindustrie größere Bewegungsfreiheit bei der Verwendung von Arbeiterrinnen zu gewähren, ergibt sich aus der Eigenart ihrer Produktionsbedingungen. Die Fischindustrie sei bei der Beschaffung ihres Rohmaterials von laufenden Zuständigkeiten abhängig. Die Fischarten richten sich nach Jahreszeit, Gang und Witterungsverhältnissen, sie können oft tagelang gänzlich auf, um alsdann so massenhaft anzukommen, daß eine zweckentsprechende Bewertung des gesamten Materials unter den heutigen Verhältnissen unvorstellbar sei.

Werde die Verarbeitung nur um einen Tag verhöden, so sei das in den Handel gehende Nahrungsmittel bedeutend minderwertiger und der Fabrikant erleidet schwere Einbuße. Könnte dagegen die Fischindustrie günstige Geschäftsbedingungen voll ausnutzen, so würde sie zugleich in der Lage sein, die Errüttungen der Füchiger und besonders der Hochseefischerei zu einem auch den Armen und Vermiethen erschwinglichen Nahrungsmittel zu machen, wodurch soviel gesprochen werde.

Auch den Fischern werde hiermit gebient, denn bei besserer Bewertungsmöglichkeit des Materials würden sie es auch besser absezten können, während ihnen das heute bei ungewöhnlichen Zuflüssen manchmal überhaupt kaum oder nur zu Preisen möglich sei, die kaum ihre Auslagen decken.

Schließlich liege eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeiterrinnen selbst, welche den ärmeren und bedarfsgünstigsten Schichten der Bevölkerung angehören. Diese müßten oft so viele Tagesstunden, manunter sogar tage- und wochenlang feiern und würden gern den durch unrechtmäßiges Feiern gehabten Lohnausfall an besonders arbeitsreichen Tagen zu ersetzen suchen."

Aus diesem Ergebnis geht unzweifelhaft hervor, daß die Fischindustriellen die "alte, gute Zeit" schlicht wieder herbeiwünschen, wo sich die Gewerbeinspektion um die Fischbetriebe überhaupt nicht kümmerte; doch ihre Bestrebungen dazin zielen, die lästigen Bestimmungen der Gewerbeordnung vollständig zu befreitigen.

In bezug auf die Bewegungsfreiheit bei der Verwendung von weiblicher Arbeitskraft sei erwähnt, daß die Fischindustriellen die

Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen nicht nur durchbrochen, sondern in den letzten Jahren, bis in die neuere Zeit, weit überschritten haben.

Ende letzten Jahres ist in Ultima mit andern Orten festgestellt, daß in einem Betriebe bis vorigen 4 Uhr, in verschiedenen Betrieben die Arbeitszeit der Arbeiterrinnen bis nachts 12 und 1 Uhr ausgedehnt worden ist, daß einige Unternehmen Frauen bei Nacht- und Sonntagsarbeit beschäftigt haben.

Es ist durchaus zutreffend, daß die Fischindustrie bei der Beschaffung des Rohmaterials von laufenden Zuständigkeiten nur abhängig ist; aber das eine zweckentsprechende Bewertung bei rechtlichen Rahmen von Fischen widersteht darin, daß zu behaupten ist, geradezu eine Dreistigkeit, die eben nur den Fischkonserven eigen ist. Die Herren verfügen über vorzügliche Verbindungen mit dem Inland, daß es bei Massenlängen ein leichtes wäre, die Frische dort als Rohware abzupacken.

Aber was bleibt dann der Profit, wenn der Markt unter reicherlicher Fischfahrt leidet?

Die überschüssige Ware wandert zu Spottpreisen in England, um in Fischmehl oder Dünge verwandelt zu werden, ohne daß die Fischkonserven auch nur mit einer Wimper zu denken.

Leider ist ein Zeichen dafür, wie wenig es dem Arbeitsschreiber

und seinen Gefährten geärgert darum zu tun ist, in Zeiten der Massenlängen — bei beständiger Verwendung der weiblichen Arbeitskraft — ein für den Armen und Bettler erschwingliches Nahrungsmitel zu schaffen.

Wenn jerner in dem Artikel behauptet wird, daß, wenn die Verarbeitung der Rohware um einen Tag verhöden, daß Nahrungsmittel minderwertiger sei, so ist das eine halbe Wahnsinn, die der Unwahrheit bedenklich nahe kommt. Der treffendste Beweis dafür, daß die Verarbeitung der Ware nur herhalten muß, um das gesuchte Ziel, die zusätzliche Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, auf dem schnellsten Wege zu erreichen, liegt in der Tatsache begründet, daß die Fischkonserven, sobald jene die Rohware billig einkommen, nie von minderwertiger Ware oder verjauften Fischen reden.

Die billige Rohware steht oft tagelang, sander in Eis verpackt und genügend gesalzen und harrt der Bearbeitung, ohne daß der Fabrikant die im Artikel erwähnte schwere Einbuße erleidet, ohne daß die Rohware minderwertig wird. Schon daraus ergibt sich, daß bei den Fischindustriellen auch das Rimpeln zum Handwerk gehört, daß das Geschäft nur darauf berechnet, die Madame Dessenheit irre zu führen.

Zum andern vertheidigen sich die Fischindustriellen bei der Bezeichnung der Auslunftsperioden aus der Fischindustrie vor dem Beirat für Arbeiterschäfte in die schärfsten Widersprüche. Ein Fischindustrieller wies nach, daß von einer Verderbtheit der Ware, wie sie in dem Artikel ausgemalt ist, nicht die Rede sein könnte. Ein anderer Arbeitgeber erklärte bei seiner Vernehmung, daß die frischen Fische sich höchstens zwei Tage halten, am dritten Tage seien sie nicht mehr als frische Fische zu verarbeiten. Er erklärte ferner, daß die frischer in 14 Tagen oft nichts fangen, will aber dessen ungeachtet alle seine Bestellungen, auch außergewöhnliche, bedienen können. Woher mag der Mann bloß die Rohware bezogen haben? Doch genau der Widerspruch.

Nach dem Arbeitsschreiber soll aber auch eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeiterrinnen selbst liegen, weil diese den armsten und bedarfsgünstigsten Schichten der Bevölkerung angehören.

Wie edel sind doch unsre "braven" Fischindustriellen; welche faulen Einwände werden herangezogen, nur um dem gefülligten Raum näherzukommen.

Unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeit scheuen sich die Fischindustriellen nicht, die Ausbeutungsfreiheit der weiblichen Arbeitskraft von der Schließung zu fordern. Dieselben Leute, die sich nicht nur auf die Ausweitung der Frauenerarbeit befreien, sondern auch Kinder in gräßesten Alter, zum Angeln von Räubern und Spritzen zu schicken, um der weiten und ausbreitenden

Ohne die Bedeutung der Fischindustrie für die Volksernährung im geringsten zu verkennt, muß noch wie vor dem Verlangen der Fischindustriellen ein: Bis hier und nicht weiter! entgegengesetzt gegen jede Beschleicherung der gesetzlichen Bestimmungen entschieden protest erhoben werden. Länger als zehn Stunden täglich darf die Fischindustrie der Fischindustrie nicht befreit werden.

Speziell für die Frauen ist die Arbeit in den wiedermal rückenden, von Rauch durchschwängerten Arbeitsräumen besonders nachteilig und mit mancherlei Gefahren verbunden. Einen Beweis dafür bilden die Anforderungen, die behördlicherweise an Anlagen der Fischbearbeitung in erster Linie gestellt worden sind:

"Die Arbeitsräume müssen hell und lösbar sein."

Stein- oder Zementfußböden der Arbeitsräume müssen an den Arbeitsplätzen holzfrei sein, um das andauernde Sitzen der Arbeiter auf den nassen Fußböden zu vermeiden.

Die Arbeitsräume müssen mit Vorkehrungen versehen sein, die das Wasser von den Arbeitern, beispielsweise durch Abschaltung der Tische nach der Mittag fernhalten.

Den Arbeitern müssen Sitzgruppen aus Holz oder Ledern gestellt werden. Den Arbeitern sind gewährte Umkleide- und Speiseräume zur Verfügung zu stellen."

Trotzdem diese Vorrichtungen schon vor mehreren Jahren erlassen, hat aber bis heute die größte Mehrzahl der Fischindustriellen noch keinen Finger gekräumt, um derartige Einrichungen in den Fischbetrieben zum Schutze der Arbeiterschaft zu treffen. Eher als zehn Stunden täglich darf die Fischindustrie der Fischindustrie nicht befreit werden.

Die Mehrzahl der Fischindustriellen scheint einen Ausweg nicht finden zu wollen, sie stellt sich nach wie vor auf den Boden der unbeschränkten Ausbeutungsfreiheit. Mit den erbärmlichen Zuständen in den Fischbetrieben aufzuhören, kann nur Aufgabe der in der Industrie beschäftigten Arbeiterschaft sein.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, legt allerorten Hand ans Werk zum Ausbau der Organisation! Erhebt flammenden Protest gegen die geplante Verschlechterung im Arbeitsverhältnis.

B. Soeben erfuhrn wir, daß der Bundesrat die Vorlagen schon angenommen hat. Die Mühen der Gelehrten mögen eben schnell, wenn das Koch der Unternehmer ausgeglüht wird. Ob und wieviel die Vorlagen eine Verschlechterung gegen den vor Annahme der Gewerbeordnungsnovelle bestehenden Zustand bedeuten, ist noch nicht bekannt. Trotzdem bleiben die Wohnungen an die Arbeiter, die in obigem Artikel ausgesprochen sind, beherzigenswert, denn eine starke Organisation kann die Arbeiter auch gegen die Ausnahmegesetze des Bundesrats schützen.

Aus der Zuckerindustrie.

II Die Zuckerproduktion

In dem mit dem 31. August zu Ende gehenden Geschäftsjahr 1908/09 hat sich in Deutschland wie in den meisten anderen europäischen Ländern dem Verhältnis gegenüber etwas verteidigt. Nach den vorläufigen Schätzungen wurden in diesem Jahre in Deutschland 2.070.000 Tonnen hergestellt gegenüber 2.138.700 Tonnen im Jahre 1907/08 und 2.400.800 Tonnen im Jahre 1905/06. Neben Deutschland sind Österreich mit 1.395.900, Russland mit 1.263.000 und Frankreich mit 308.900 Tonnen die größten Produzenten von Rübenzucker. Im ganzen stellte sich die europäische Rübenzuckerproduktion auf 6.941.000 Tonnen, während sie 1907/08 6.555.900 und 1905/06 6.944.200 Tonnen betragen hatte. Die gesamte Zuckerproduktion der Welt hat sich im Laufe eines halben Jahrhunderts mehr als verdoppelt; sie stieg im Jahre 1852/53 auf 1.463.000, im Jahre 1905/06 aber auf 12.084.000 Tonnen.

Beachtenswert ist, wie der Anteil des Rübenzuckers an der Weltproduktion allmählich gestiegen ist. In Jahre 1852/53 machte er

erst 14 Prozent der Gesamtproduktion aus; im Jahre 1891/92 überstieg er mit 52,1 Prozent zum ersten Male die Rohzuckerproduktion, und seit 1895/96 bewegt er sich um 60 Prozent. Der Anteil von 61 Prozent im Jahre 1905/06 läßt auf weitere allmähliche Steigerung schließen.

Der Zuckerverbrauch in Deutschland ist von 6 Kilogramm im Jahre 1871/72 auf 17,1 Kilogramm per Kopf der Bevölkerung gestiegen, steht aber immer noch hinter dem Konsum mehrerer, z. B. England, weit zurück. Sehr beeinflußt durch die Steuer und Ausfuhrzölle in Deutschland wurde natürlich der Zuckerpreis; er ist jedoch im Laufe des letzten Jahrzehnts ganz außerordentlich gefallen. Während im Jahre 1882 der Doppelzollpreis Rohzucker ohne Saft in Magdeburg 59,7 M. kostete, stieg er sich im Jahre 1888 auf 45,2 M., um im Jahre 1895 auf 19,9 M. zu sinken. 1906 erreichte der Zuckerprix mit 16,7 M. den niedrigsten Stand; Ende August 1908 war er wieder auf 19 M. und Ende August 1909 auf 23,25 M. gestiegen.

II Steigende Profite in der Zuckerverarbeitung.

Die Zuckerverarbeitung haben unter den Zeiten nicht gelitten, im Gegenteil, sie haben glänzendere Geschäfte gemacht als in den Jahren des Aufschwungs. Gute Ernten, steigende Zuckerpreise, sinkende Arbeitslosigkeit, alles hat beigebracht, den Gewinn der Zuckerverarbeitung zu mehren. Wie enorm diese Gewinne sind, geht aus nachstehender Zusammenstellung einiger in den letzten Wochen veröffentlichten Betriebsergebnisse hervor.

Es zahlten Dividende:

	1908/09	1907/08
	Prozent	Prozent
Zuckerfabrik Gröbchen	12½	8
" Krashwick	21	20
" Lübeck	35	23
" Rüben	30	16
" Annaburg	27	14
" Hahnau	16	8

Mit solchen Gewinnen läßt sich gut leben. Die armen Proletarier aber, die in den Zuckerfabriken in schwerer 12stündiger Front schanzen, werden mit wahren Hungerlöhnen abgespeist.

II Gewerbeschlägerei in Zuckerfabriken.

Ein Beamter der österreichischen Gewerbeinspektion schlägt in seinem Bericht für 1908 einige gewerbehygienische Verbesserungen in einer Zuckerfabrik. Wir übernehmen diese Schlägerung, weil die darin aufgeführten Maßnahmen auch in den deutschen Fabriken sehr nötig wären. Der Beamte schreibt:

Gewohnheitswert sind die in Vorjahren in mehreren Zuckerfabriken errichteten Anlagen zur selbständigen Ausfuhr der Asche und des Schlacken von den Dampfkesseln. Diese Ausfuhr geschieht teils mit einer elektrisch betriebenen Drahtseilbahn in Verbindung mit einem Aufzug, teils durch mechanisch betriebene Transporter. Die Ausfuhr von Schlacken und Asche durch Handarbeit gehörte bislang unstrittig zu den läufigsten und unangenehmsten Arbeiten, bei welchen die Arbeiter nicht nur den namenlich im Winter sehr bedeutenden und gefährlichen Unterschieden zwischen der Temperatur der Außenländer und jener der Außenluft ausgesetzt sind, sondern auch durch die Einwirkung der mit Asche gezeichneten Lust und durch die in die Augen und in die Poren der transpirierenden Haut des Gesichts und des Halses eindringende Asche viel zu leiden haben. Da die erwähnten selbständigen arbeitenden Anlagen tabellös funktionieren, ist deren Einführung in allen größeren Betrieben um so mehr auf das Wünsche zu empfehlen, als damit gegenüber der Handarbeit auch in wirtschaftlicher Hinsicht Vorteile erzielt werden, indem die Asche- und Schlackenausfuhr von 20 Dampfkesseln mittels mechanischer Einrichtung bei einem Kraftaufwand von 21/2 HP. binnen 7 Stunden (per 24 Stunden) vielend bewerkstelligt wird.

Eine der größten Zuckerfabriken des Ausfuhrbezirkes errichtete für den Abtransport der ausgelagerten Rübenabschlämme eine Ausfuhranlage mit elektrischen Betrieb. Die Schüttanlage kontinuierlich auf einem Förderstransporter und von diesem auf 2 fahrbare, links und rechts abzweigende Quertransporter, mittels welcher sie auf die jeweils gewünschten Plätze einer 6200 cm² großen Schüttgrubenanlage, die einen Fassungsraum für 160.000 q Schütt beinhaltet, gelangen. Diese Ausfuhr geschieht vollkommen mechanisch unter Aufsicht eines Mannes. Der Betrieb derselben Firma erfuhr eine

gegen 2 Stimmen den Abbruch des Streiks. Die Arbeit sollte bedingungslos wieder aufgenommen werden. In den Versammlungen der Streikenden, mit Ausnahme einer, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Belegschaftsversammlung schließt sich den Ausführungen des Referenten und dem Beschluss der gestrigen Konferenz vollständig an. Nachdem die Streikleitung vorsichtigstes Mittel untersucht gelassen hatte, den Streik auf dem Wege friedlicher Verhandlungen beigelegt, ist die Versammlung der Meinung, daß die Weiterführung des Streiks nicht mehr im Interesse der Streikenden liege. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß nicht Tausende von Familien länger unter den Folgen des Streiks leiden sollen. Die Stimmung in den Versammlungen war eine begeisterte. Sie wurden geschlossen mit dem Kampflied: „Frisch auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht!“

Korrespondenzen.

Breslau. Nennt der Breslauer Freisinn seine besten Kämpfen und rübrigsten Mitglieder, so zählt er sicher *erster* Stelle mit auf: Dr. phil. Bernh. Ledermann, Fabrikdirektor, Strehlerstraße 10, Schriftführer der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Breslau, und dessen Ehefrau Frida Ledermann, Vorstandsvame im „Verein Frauenwohl“ und ähnlichen Einrichtungen. Fragt man dagegen die Breslauer Arbeiterschaft nach einem Betriebe mit besonders schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen, so erhält man an erster Stelle, daß diese in den Vereinigten Eisenfabriken, A.-G. (A. F. Kallmeyer) zu finden sind, deren Direktor und Mitarbeiter Herr Dr. Bernh. Ledermann ist. Die Menschenliebe in Theorie und Praxis!

Nicht etwa um seines persönlichen Vorteils willen hält Herr Ledermann den Betrieb in der Fabrik an der Strehlerstraße aufrecht, sondern, wenn wir seinen Worten Glauben beisteuern wollen, tut er dies nur im Interesse der alten Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik, die schon bis zu 40 Jahren in diesem Betriebe beschäftigt sind. Sicher ein Ausdruck der reinsten idealen Humanität! Trotzdem ist die Familie Ledermann aber steinreich geworden, während die Arbeiterschaft ihrer Betriebe mit Glenslöhnen abgesetzt wird, die selbst hier im Osten Deutschlands auftauchen. Gegenwärtig ist in diesem Betriebe Kampagne, die eine 6- bis 7wöchentliche Dauer hat. Die Kampagnearbeiter erhalten bei einsständiger Arbeitszeit einen Tag elohn von 2 Mark. (In Wörtern zweihundert Pfennige.) Diese furchtliche Entlohnung ergibt einen Stundenlohn von achtzehn drei Pfennigen, ein Bröhn, der in Breslau für erwachsene männliche Arbeiter wohl einzig dasrechte dürfte. Nicht besser, eher noch schlechter, wird die ständige Arbeiterschaft dieser Fabrik entlohnt, meist Leute, die schon ein Menschenalter bei dieser Firma fronden. So erhalten zwei Arbeiter, die verantwortungsvolle Stellungen bekleiden, Tagelöhne von 2,50 M., ohne freie Wohnung und Feuerung. Sonst ist der Durchschnittslohn 11,50 M. pro Woche bei freier Wohnung und Heizung. Für Überstunden und Sonntagsarbeit gibt es keinen Aufschlag. Die ungeleerten Arbeiter müssen soweit sie dazu standen, Blauer, Zimmerer- und Tischdeckerarbeiten verrichten, ohne dafür eine Extraentschädigung zu erhalten. Von den obengenannten Hungerlöhnen werden den Arbeitern noch Abzüge gemacht für die Betriebs-Krankenkasse und die Alters- und Invaliditäts-Versicherung! Auch bläßt in diesem Betriebe ein ausgedehntes Strafgeldersystem, die Einzelstrafen betragen im Durchschnitt 50 Pf. Trotz der geringen Entlohnung herrscht in diesem Betriebe eine große Antreiberei.

In dieser Betriebsfabrik sind auch eine Anzahl Arbeitersinnen beschäftigt, die bei einsständiger Arbeitszeit einen Tag elohn von 1,30 Mark erzielen. Hier, Frau Ledermann, bietet sich für Sie praktische Vertätigung Ihrer sozialreformistischen Neigungen! Warum in die Ferne fliehen? Hier haben Sie Einfluss, hier könnten Sie segensreich wirken, hier könnten Sie armen Proletarien helfen, die teilweise als Witwen Erzieherinnen ihrer Familien sind, den schweren Kampf ums Leben erleichtern. Seien Sie jetzt, nach diesem öffentlichen Appell nicht ein, so müssen wir annehmen, daß auch Sie zu jenen Bollfreunden gehören, bei denen die Wohlfahrtsbestrebungen aufhören, sobald es an den eigenen Geldbeutel geht. Für die übrigen Damen, die im „Frauenwohl“ arbeiten, bietet sich gleichfalls Gelegenheit, ihre Kollegin Ledermann auf dieses Werk aufmerksam zu machen.

Rathaben wir die Schattenseite der Medaille beobachtet haben, wollen wir uns der Lichtheit zuwenden. Man hört und staunen: In den Vereinigten Ziegeleifabriken, A.-G. (A. F. Kallmeyer) erhalten die Arbeiter und Arbeitersinnen nicht etwa am Jahresende Gewinnabteilungen ausgezahlt, wie es andre Sozialreformer in ihren Betrieben eingeführt haben, doch erhalten sie Weihnachtsgeschenke. Die Arbeiter 10 bis 15 Mark, die Arbeitersinnen durchschnittlich 1 Mark. (In Wörtern: einhundert Pfennige!) Dies sind Brocken, die von der Reichen Tische fallen! Wände von eindrücklicher Lähme zählen, könnte man sich diese „fürsichtigen“ Geschenke erpaten. Eine weitere „Wohlfahrts“-Einrichtung ist die Betriebs-Krankenkasse dieser Firma. Für die Sonntage und die ersten drei Krankheitstage gibt es keine Unterstützung, dann aber erhalten die erkrankten Arbeiter 6,30 Mark und die Frauen-Arbeitersinnen 2,70 Mark Rentengeld, doch nicht etwa pro Tag, sondern für die ganze Woche, die tatsächlich sieben Tage zählt. Wir finden noch eine Krankenkasse mit ähnlich hoher Leistung! Sollen die Kranken davon Rente und Steuern bezahlen oder sollen sie davon trockenes Brod für den Familieneunterhalt kaufen? Hut ab, was solches Philanthropie!

Dies waren die Schattenseiten; betrachten wir nun einige andere Geschäftungen dieses Betriebes. Einsichtig seien Laienhalter und Kleiderpinda, ebenso jetzt ein Speisesaum. Die Fröste stehen haben Erfolgsergebnisse, die Arbeiter nicht. Badseinrichtung ist vorhanden, doch darf diese während der Arbeitszeit nicht benutzt werden, doch herausgehend über spätest der Nachmittag den Dampf ab, und da kann warmer Wasser fehlen, ist darauf die Körpererfrischung ausgeschlossen. Selbst auf diesem Gebiete, welches doch wahrlich nicht mit großem Unterkörper verknüpft wäre, ist dieser Betrieb rückständig.

Reaktion. Bei der Firma Hämmer u. So. (Kunststeinfabrik), hier, waren 4 Arbeiter, welche 9, 5, 4 und 2 Jahre im Betriebe arbeiteten, eines Tages plötzlich entlassen, weil sie angeblich, einem Mitarbeiter gegenüber bestürzt waren, betrieben haben sollen. Der Unterschied lag aber so: einer von den Entlassenen war an einer Ruhelosigkeit betroffen, um diesen aufzufordern, daß der Organisationsarbeiter gegen sie. Der Entlassende hatte es aber abgelehnt, weil er sagte, der Betrieb wage Unterstützungen verboten, aber nicht, daß er die Entlassenen jenen zur Rede, denn er selbst von ihm wußte, woher er seine „Weisheit“ habe. Der Angestellte legte es ab, darauf Auskunft zu geben, daß er keine Entschuldigung und Bedeutung für diese Ruhelosigkeit habe. Die Entlassung der 4 Arbeiter war die folgende. Ein Bericht mit Herrn Hämmer zu verhindern, blieb erfolglos. Er riefen sofort unterirdisch Berg, fanden im Nachbarbetrieb von der Arbeiterschaften, die ein paar Seiten füllten, ihre Söhne studieren lassen und eine Stütze späterer Zukunftsmöglichkeiten meint. Schließlich entdeckte er, daß er eine Kommission seine Organisation nicht dulden werde, daß seine Arbeiter jede Art unerwünschtes Verhalten sollten, seinem Betrieb entgegen. Um diesen Grund trug er die Organisation der Ruhelosigkeit, die daraus folgen würde, daß ein Betrieb der Arbeiter nicht in den Betrieb münden. Daher legte ihm sagte, um Karriere zu machen, daß er unerwünscht und feindlich sei, einen anderen als ehemals eingeschätztes Werk freigeben mögen, daß man für sie selber so einzigartig in Amerika nimmt. Er hätte dann auch noch keine „Ruhe“ im Betrieb 23 bis 30 Pf. pro Stunde, und ordnete, er kann nicht mehr jahrelang weiter zu kommen. Auf den Gesprächsstand der Betriebshaltung hatte das eine große Eindruck, aber der gute Mann wußte jedesfalls keine Worte bringen. Er hat ihnen eine Meinung gegeben, aber ausdrücklich gesagt:

W.
Bericht. Was in diesem Bericht war die Reaktionsschrift der Betriebsleitung liegt unlesbar, aber ausdrücklich. Die

Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringen es mit sich, daß die Kollegen zu der Einsicht kommen, daß nur durch Anschluß an die Organisation ihre Abhilfe möglich ist. Diese Abhilfe ist aber auch dringend nötig. In Breslau ist durch Kontur der großen Fabrik das Wirtschaftsleben seit zwei Jahren lahmgelegt, zu Kunden müssen die Arbeiter abwandern. Gegenwärtig ist ein neues Unternehmen im Betrieb begriffen, aber im Winter droht kaum eisige Einstellungen erfolgen, außerdem ist auch der Verdienst nicht verlockend; mit 24—25 Pf. Stundenlohn glaubt man noch viel zu bezahlen. Noch trauriger sieht es in dem Betriebshauer Edgeworth von Bamwitz aus; 22 Pf. Anfangslohn bietet man hier verhexten Arbeitern. Natürlich fand auch dort ein Besitzwechsel statt; da aber die dort beschäftigten Arbeiter zum größten Teil der Organisation nicht zugänglich sind, so wird eine Vorderung im Lohn- und Arbeitsverhältnis auch unter dem neuen Besitzer nicht stattfinden. Der bisherige Besitzer nahm den Ruhm in Anspruch, den Betrieb bedeutend verdreht zu haben. (Es wurden meist nur Holz für Werften geschritten.) Es konnte auch weiter den Ruhm in Anspruch nehmen, den alten Friß als Vorbild genommen zu haben, denn ständig lag man ihm mit einem Stock die Arbeiter antreiben.

In Kalau sind die Verhältnisse nicht viel besser. In Betracht kommen vier große Ziegeleien, eine Kunzstein- und Cementwarenfabrik, sowie eine Sandsteinerei. Niemand hat man der Organisation größere Schwierigkeiten bereitet als hier. Volatilabreitung, Drohung, Entlassung, Strafen und zuletzt sogar der Reichsverband, an dessen Spitze der ehemalige Bürgermeister von Kalau stand, alle Anstrengungen haben nicht vermocht, die Organisation aufzuhalten. Die Unternehmer von drei Ziegeleien schlossen einen Dreieck, um entlassene oder freiwillig ausschreitende Arbeiter gegenseitig innerhalb 6 Monaten nicht einzustellen. Anfang dieses Jahres machte man in der Ziegelerie von Schulz u. Grosche nochmals den Versuch, durch Kündigungen die Arbeiter vom Beitritt zum Verband abzuhalten, und der Bürgermeister half eine dazu einberufene Betriebsversprechung hinterzutreiben. Beides war fruchtlos; gefestigt ging die Organisation aus dem Kampfe hervor. Den Bürgermeister von Kalau aber hat das Schicksal ereilt; um wegen Unterstechung und Vertrags der Strafe zu entgehen, griff er zum Revolver. Und dieser Mann war Vorsitzender des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Auch in Alt-Döbern sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schlecht. Gewerbliche Unternehmungen, Grund und Boden der ganzen Gegend gehören dem Grafen Bischoff, und so lange die Arbeiter in dem Glauben bleib, der Herr Graf meine es gut mit ihnen, wird sich kaum ihre Lebenslage verbessern. An andern Unternehmungen sind dann noch am Orte: 3 Schneidemühlen, die größte Brennerei, Spiritus-, Sprit- und Branntweinfabrik der ganzen Lausitz, in Firma Niedel u. Sohn, und zwei Ofen- und Schmiede-Jahrsen. In den Schneidemühlen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr schlecht. Bei Niedel u. Sohn sind geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse; hier glauben die Arbeiter deswegen nicht nötig zu haben, der Organisation beizutreten. In den Ofenfabriken bestehen Tarife, jedoch gelten diese nur für die Töpfer, während die Hilfsarbeiter und Brenner nicht einbezogen sind.

Im Senftenberger Kohlenrevier kommen für den Verband verschiedene Betriebe in Betracht: Ziegeleien, Chemische Fabrik, Sandwerke, Tongruben und Ziegelfabriken. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind sehr verschiedenartig und entsprechen unrennenforderungen durchaus nicht. Die Agitation ist ungemein er schwert, und zwar durch das internationale Sprachengemisch, die Wohlfahrtseinrichtungen, die Massenquartiere und Kasernen. Trotzdem macht die Organisation jetzt schöne Fortschritte, auch unter den Polen, und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Damit dürfen sich einst auch die Arbeitsverhältnisse verbessern. Als gegnerische Organisation kommt hier die polnische Berufsvereinigung in Betracht, welche auch in Senftenberg einen Beamtent hat.

Noch schlechter sehen die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Sandwerken zwischen Senftenberg und Hosena aus. In seltenen Fällen sind zweimäigige Unternehmensstrukturen für Arbeiter vorhanden; die Betriebsaufenthalter schulen entweder ganz oder es bedarf einer gebürtigen Kunst, nicht von der „Stange“ zu fallen, teils kann man auch den Anblick von der Straße aus genießen, denn ein Breitervertrag ist vielfach nicht da. Zugleich wird der Abzug durch Religionswege umgestellt. Auf dem größten Werk von Weichelt u. Co. schließe die Betriebsanstalt ganz, man mußte hinter Sträuchern oder auf dem Felderseine Rottursturz verrichten, bis es vom Besitzer des Feldes untersagt wurde, die Umgebung zu verunreinigen, worauf dann endlich Abhilfe erfolgte. Ganz geglückt wird auch über die Sandmühle, genannt „Gismühle“, der Staubbabung durch mangelschöne Ventilation für die Arbeiter gesundheitsschädigend wirkt. Seit Bestehen der Mühle sind an 15 bis 20 Todesfällen durch Staubbabung des Staubes zu verzeichnen. Und man schildert das Ende der Kranken als schrecklich; die Atmungsorgane der Lunge werden versteinert und zerklüftete Hölle ist nicht möglich. Jetzt hat man die Ventilation verbessert, ganz befreit sind deshalb die Gefahren aber nicht. Demgegenüber sind die Löhne sommerspoll: bei anstrengender Arbeit einen Wochenverdienst von 15 bis 20 M., während die Dividenden der Gesellschafter ungeheuer steigen. Die Gesellschaft Weichelt u. Co. zahlte im vorigen Jahr 43 Prozent Dividende.

Gegenüber traurig sieht es in der Dampfziegelei von Lewald aus. Hier treibt man Raubbau an den jugendlichen Arbeitern, denn neben einigen Gewachsenen beschäftigt man nur jugendliche Arbeiter von 14, 15 und 16 Jahren. Die Behandlungsweste ist schlecht. Hauptsächlich kommen auch hier die Arbeiter bald zu der Einsicht, daß nur durch Beizität zum Verband Abhilfe möglich ist. Noch zu erwähnen ist dann die Dampfziegelei Theresienhöhe in Klingmühl. Ständig ist man dort bedrängt, durch Abzüge die Lebenslage der Arbeiter zu verschärfen. Erst vor einigen Wochen wurden die Ofenarbeiter mit bedeutenden Abzügen (aus 1000 Steine 20 Pf.) bedrängt. Es wurde angekündigt: entweder backen zu arbeiten oder die Entlassung zu nehmen. Mit Ausnahme von 2 Arbeitern nahmen denn auch sämtliche Ofenarbeiter ihre Entlassung freiwillig. Vom Verband wurden in dieser Zeit zwei Betriebsversprechungen einberufen, um dazu Stellung zu nehmen. Leider konnte nichts unternommen werden, die Abzüge rückgängig zu machen, da die Mehrzahl der Arbeiter im Gewerbeverein der Ziegler organisiert ist und diese den Betriebsversprechungen fernblieben, obwohl ihre eigenen Mitglieder betroffen wurden, darunter auch ein Vorstandsmitglied. Die Arbeiter, welche erschienen waren, haben ja dann auch keinen Gehalt, in welcher Weise der Gewerbeverein der Ziegler Arbeiterinteressen vertreibt, und den Beitritt zum Verband vollzogen. Am untern Mitgliedern liegt es auch hier, durch unermüdliche Aufläufungsarbeit weiter Mitglieder zu wecken. Der Betrieb ist genügend erbracht, daß nur durch den Verband die Arbeitsverhältnisse gebelebt werden können. Damit ist vorläufig ein Zeil der Betriebe gekennzeichnet; in den übrigen sieht es nicht besser aus, und wir werden forschen, diese zu beleuchten. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Sorge für Aufläufung, werdet Mitglieder, damit auch in der Lautschrift alle menschenwürdige Gründen gehäuft werden können.

Rundschau.

Die Fuchsrede eines Pfaffen.

Die Arbeiter des Bergwerks Wadersdorf (Obersalz) waren Anfang 1908 zum Teil der Organisation beigetreten. Bzw. gelang es der jungen Organisation nicht, sonderliche Erfolge zu erzielen, aber es wurde doch der Lohn auf dem bisherigen Stand gehalten, auch wurde die bisher übliche monatliche Lohnzuzahlung durch die 14-tägige erweitert. Dann legte sich aber der Geistliche ins Mittel und es gelang ihm, die Arbeiter von der Organisation zu trennen. Die Folgen zeigten sich bald. Die Löhne wurden herabgesetzt und die Arbeitsleistung gefrigiert. Die nun unorganisierten Arbeiter ertrugen es. Die Direktion zog daraus den Schluß, daß die Arbeiter noch besser gehalten werden könnten, und zog Ende Oktober auf neue täglichen Arbeitern 3 Pf. pro Stunde ab, so daß jetzt nur noch 23, 24 und 27 Pfennig Stundenlohn gezahlt werden. Das brachte die Arbeiter endlich in Empörung, und sie planten Widerstand. Doch da kam der Direktor ein neues Kreis zu Hilfe. Der Wadersdorfer Seelsorger benutzte einen am 31. Oktober

abgehaltenen — Trauergottesdienst zu folgender Anrede an seine Gemeinde:

„Meine lieben Pfarrkinder und Arbeiter! Wie ich gestern erfahren habe, sollte morgen mit Posaunen und Trommeln die Tagessonne ausgeblasen werden wegen Wohndiscrezzen. Meine Lieben, lasst euch wohlgemert sein: macht nichts daran! Obwohl ich Pfarrer und Seelsorger bin, habe ich in dieser Kirche die Sache in Bewer zu nehmen, in die Gottesgelegenheit Ordnung zu bringen. Bei mir war der Herr Dekan selbst auf meinem Zimmer und erfuhr mich, in der Buchführung, sowie im Schachtbau des Betriebes nachzusehen, ob es denn möglich sei, den bisherigen Lohn weiter zu bezahlen. Ich verneinte es. Liebe Arbeiter! Seid brav und folgt eurem Pfarrer! Es dauert ja nicht lange, habt fröhlichen Mut, ich meine es mit euch nur gut. Ihr möcht' halt' eurer Familie den Brotdose etwas höher hängen. Es dauert ja nur kurze Zeit, dann wird's wieder besser gehen. Ich weiß ja alles, und bin ganz genau unterrichtet. Geht wieder an eure Arbeit! Es bleibt ja doch die meisten wieder den Ruhm in Anspruch nehmen, ob es denn möglich ist, den bisherigen Lohn weiter zu bezahlen. Ich verneinte es. Liebe Arbeiter! Seid brav und folgt eurem Pfarrer! Es dauert ja nicht lange, habt fröhlichen Mut, ich meine es mit euch nur gut. Ihr möcht' halt' eurer Familie den Brotdose etwas höher hängen. Es dauert ja nur kurze Zeit, dann wird's wieder besser gehen. Ich weiß ja alles, und bin ganz genau unterrichtet. Geht wieder an eure Arbeit! Es bleibt ja doch die meisten wieder den Ruhm in Anspruch nehmen, ob es denn möglich ist, den bisherigen Lohn weiter zu bezahlen. Ich verneinte es.“

Diese seltsame Predigt erregte Läppischädel und Heiterkeit. Es wollte den Leuten nicht in den Kopf, daß ihr Jugendlicher Pfarrer — er wird von Pfarrkindern auf 3 Rentner geschäft — ihnen empfiehlt, sie sollen ihrer Familie den Brotdose höher hängen. Und es schien manchem eine Peinigung, Gott um Ruhm zu bitten, dievet doch die Nähe die Ruhm aus Läppischädel und Heiterkeit. Es gab auch viele unter den Pfarrkindern des Seelsorgers, die da meinten, die Direktion hätte sich mit ihren Arbeitern nicht mit dem Pfarrer in Verbindung setzen sollen. Auf aber waren der Ansicht, daß das Unternehmen keinen besseren Sachverständigen seiner Interessen und die Arbeiter keinen schlechteren Festsprecher haben könnten, als diesen Pfarrer. Und die Folge der Fuchsrede des Kapitalraumes Seelsorgers wird sein, daß die Arbeiter, wenn sie wieder einmal zwischen Verband und Pfarrer wählen sollen, den Verband behalten und auf den Pfarrer pfeifen. Und sie werden damit ihre Interessen am besten wahren.

Verbandsnachrichten.

Vom 9. November ab gingen bei der Hauptstelle folgende Beiträge ein:

Berbst 800,— Steinlin 800,— Halle a. S. 800,— Berlin 527,— Regensburg 500,— Wolfsburg 300,— Weimar 200,— Althaldensleben 200,— Altenburg 9,— Delmenhorst 1000,— Ludwigshafen 800,— Mannheim 800,— Königberg 200,— Bremen 200,— Miesbach 7,50,— Göttingen 57,96,— Harburg 800,— Breslau 600,— Kolberg 250,— Hausham 150,— Fürth 1000,— Bernburg 800,— Dresden 800,— Bütstadt 156,96,— Schwarzenberg i. S. 102,56,— Barzen 100,— Ullrichshausen 37,— München 1000,— Müglitz 1000,— Salbe 100,— Erfurt 491,90,— Stuttgart 400,— Sebnitz 400,— Karlsruhe 200,— Striegau 180,— Bittau 100,— Bremerhaven 47,60.

Schluss: Montag, 16. November, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.
Die Abrechnung für das 3. Quartal 1908 haben ein gestellt:

Luft i. Baden, Bremerhaven, Brixwall, Mittenwalde, Neu markt i. Sächs., Hersfeld a. Fr., Göttingen, Bückeburg, Alsfeld, Worms.

Au die Zahlstellen.

Von der Broschüre „Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands“ sind noch eine Anzahl Exemplare zur unentgeltlichen Abgabe an die in der Agitation siehenden Kolleginnen und Kollegen und die Vertrauensleute vorräufig. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten.

Die Zahlstellen werden erucht, die Adresse des Mitgliedes Richard Bargiel, Buch-Nr. 351 127, an den Kollegen Voritz Ott, Heidingsfeld, Johannitergasse 204, einzufinden.

Verlorene und für ungültig erklärt Bücher.

Nr. 337 220 für Albert Siebert, eingetreten am 9. September 1908 in Bremen.
Nr. 242 248 für Martin Martinowitsch, eingetreten am 3. März 1907 in Gießen.
Nr. 110 421 für Arnold Bieger, eingetreten am 19. Januar 1906 in Meißen.
Nr. 163 329 für Peter Weinacht, eingetreten am 6. Mai 1906 in Mindenheim.

Nr. 239 942 für Johann Reis, eingetreten am 7. Mai 1907 in Regensburg.
Nr. 227 369 für Karl Martin, eingetreten am 1. Januar 1907 in Aettingen.
Mitgliedsliste 52 823 für Ewald Behmann, eingetreten am 11. August 1909 in Berlin.

Mitgliedsliste 52 287 für Max Grießer, eingetreten am 14. September 1909 in Dethen.
Mitgliedsliste 18 583 für Gustav Stöckmann, eingetreten am 2. Dezember in Hegeberg.

Ausgeschlossen

auf Grund des § 7 des Statuts ist das bisherige Mitglied der Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh., Jakob Müller, Buchnummer 136 139, eingetragen am 12. Februar 1906.

Beilage zum Proletarier.

Nummer 47.

Hannover, 20. November 1909.

18. Jahrg.

Aus der chemischen Industrie.

Ist künstlicher Kampfer giftig?

Diese Streitfrage ist für die Arbeiterschaft, und besonders für diejenigen armen Lohnsklaven, die in der chemischen Fabrikation beschäftigt werden, d. h. in diesen Gishöhlen den Kampf um das tägliche Brot führen müssen, von außerordentlicher Bedeutung. Handelt es sich doch am Ende darum, ob Vergiftung durch die chemischen Produkte als entzündungspflichtiger Betriebsunfall anzusehen ist. Daher sei nachfolgend ein solcher Streitfall hier erörtert.

Der Arbeiter Albert L. hatte im Betriebe der Chemischen Fabrik Gesellschaft auf Altien vor dem Schering (Charlottenburg) in der Abteilung der künstlichen Kampferfabrikation die Heizung der Kästen zu überwachen, in denen der künstliche Kampfer (Camphilen) in den flüssigen Zustand übergeführt wird. Am 17. September 1907, morgens 6 Uhr, wurde L. (er hatte Nachschicht), auf einem Schmelzofen, der mit heißem flüssigem Camphilen gefüllt war, liegend, tot aufgefunden. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der sofort hinzugekommene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. In dem Totenschein stellte der Arzt folgenden Befund fest: „Es besteht ein Kindackenkrampf, der so stark war, daß die Kiefer selbst mit dem Heisterschen Sperrapparat (mit Schraubentrost) nicht auseinander gebracht werden konnten.“

Die Witwe des Verstorbenen stellte bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie den Antrag auf Hinterbliebenrente, da ein Betriebsunfall vorliege; sie führt den Tod auf Vergiftung durch die künstlichen Kampferdämpfe zurück.

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie wies den Antrag der Witwe indessen mit folgender Begründung ab: „... Der Tod des L. der an hochgradiger Herzerweiterung und Erholung der Herzmuskulatur litt, ist durch eine bei der Arbeit plötzlich erfolgte Herzähmung eingetreten. Gegen eine Vergiftung durch Einatmung künstlichen Kampfers spricht insbesondere der Umstand, daß die chemische und physikalische Untersuchung des Blutes des Verstorbenen durch den Gerichtschemiker Dr. J. nicht den geringsten Anhalt dafür ergeben hat, daß erhebliche Mengen Kampfer in dasselbe eingedrungen waren und daß eine schädliche oder gar tödliche Einwirkung des Kampfers auf das Blut stattgefunden hat. Ferner ist die Wirkung des Kampfers im menschlichen Organismus nach ärztlicher Erfahrung als eine die Herzaktivität in günstiger Weise anregende bekannt.“

Die Berufsgenossenschaft hält ihren Ablehnungsbescheid auf die gutachtlichen Anerkennungen des obduzierenden Arztes Medizinalrat Dr. Klein.

Die gegen den Ablehnungsbescheid der Berufsgenossenschaft bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam eingeklagte Berufung wurde ebenfalls zurückgewiesen. Das Schiedsgericht führt sein abweisendes Urteil auf ein ärztliches Gutachten seines Vertrauensarztes, Sanitätsrat Dr. Heyl, der einen schädigenden Einfluß des Kampfers auf den Organismus des Verstorbenen verneint.

Gegen diese Entscheidung wurde beim Reichsversicherungsamt Rekurs eingelegt. Im Rekursverfahren wurde ein ärztliches Obergutachten von Herrn Professor Dr. Levin eingeholt. Der Sachverständige hat sich in der chemischen Fabrik eingehend informiert und darauf sein Obergutachten erstattet. Dieses Gutachten ist für die Beurteilung des Falles von außerordentlichem Interesse, so daß die Wiedergabe der wichtigsten Stellen des Gutachtens nur wünschenswert sein kann.

Die Fragen, die zur Beantwortung standen, waren: ob es wahrscheinlich sei, daß L. durch Einatmen künstlicher Kampferdämpfe vergiftet worden sei. Von der Betriebsleitung war bestritten worden, daß der künstliche Kampfer giftig sei. (?)

Der Obergutachter äußerte sich u. a. dahin: „Mir fiel, als ich auf der Bühne vor dem mittleren Kasten, auf welchem L. tot aufgefunden wurde, stand, sofort auf, daß sein Deckel nicht genügend abschloß. Es entwichen dauernd an seiner rechten Seite weiße Dampfwölkchen. Der Abteilungsleiter, den ich darauf aufmerksam machen wollte, wird jetzt eine Abdichtung mit Filz vornehmen. Es ist als sicher anzunehmen, daß, als L. an dem Kasten in der Nacht vom 16. zum 17. September beschäftigt war, der Zustand des Deckels kein anderer war. Ich ließ den Deckel des Kastens aufheben. Sofort entströmten der Öffnung reichlich weiße Dämpfe, die einzutreten sowohl ich, als wie mir schien, auch die Fabrikleiter möglichst zu vermeiden suchten.“

a) Die Wirkung von natürlichem und künstlichem Kampfer.

Der Obergutachter schildert, wie ihm die Einatmung dieses Dampfes trock der geringen Quantität unangenehm war und ein bedrückendes Gefühl der Schwere auf der Brust verursachte. Als er etwa eine Stunde auf der Bühne — also vor den Schmelzöfen — war, empfand er ein Gefühl von Benommenheit mit leichtem Schwindel. Der Betriebsleiter Sch. habe ihm weiter erklärt, wenn Arbeiter, die von Zeit zu Zeit in einen andernwärts stehenden, etwa 1½ Meter tiefen Kessel, in dem sich künstlicher Kampfer findet, zum Zwecke der Reinigung einsteigen, einen Mauschanz an und betreten. Selbst Herren hätten noch einer Tagesschichtung mit diesem Produkt über Müdigkeit gelagert. Es heißt dann weiter: „... Schon aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß das Camphilen nicht das sein kann, als was es der Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft, Dr. Trzebil, bezeichnet, nämlich als einen

„völlig unschädlichen Stoff“. Darüber kann der Aufsichtsbeamte kein zuverlässiges Urteil haben. Es ist bedauerlich, daß der Schiedsgerichtsgutachter, Dr. Heyl, sich auf diese Abgabe ohne jede weitere Nachprüfung mit besonderem Nachdruck stützt. Wenn, wie der Aufsichtsbeamte angibt, „vorausgegangene physiologische Versuche die Unschädlichkeit erwiesen haben“, so waren diese Versuche unrichtig, denn der künstliche Kampfer kann, nachdem genügende Mengen davon vom Magen oder dem Mastdarm, oder vom Unterhautgewebe oder den Lungen aus in die Blutbahn gedrungen sind, genau so wie der natürliche schwere Funktionsstörungen hervorrufen. Man ist wissenschaftlich und praktisch berechtigt, das Camphilen dem natürlichen Kampfer gleichzustellen.“ Eine auch nur oberflächliche Kenntnis der einschlägigen Vergiftungsliteratur lehrt, daß viele Menschen durch Kampferaufnahme nicht nur zeitweilig krank wurden, sondern auch starben.“

In dem Obergutachten wird dann in sehr eingehender Weise die Giftigkeit des künstlichen Kampfers wissenschaftlich begründet. Dann erörtert der Obergutachter die Frage: Ist L. den Dämpfen von künstlichem Kampfer zum Opfer gefallen? Die Betriebsleiter wollen den Zusammenhang zwischen dem Tode des L. und seiner Beschäftigung, wie schon erwähnt, nicht zugeben, weil sie das Camphilen als Nichtgift bezeichnen. Demgegenüber vertritt der Professor Dr. L. die Ansicht, daß L. beim Deponieren der Kästen Kampferdampf aufgenommen haben wird, darauf wird ihm jedenfalls unwohl geworden sein, er hat sich dann auf den Kasten gesetzt oder gelegt und hier ist er von neuem der Einatmung der aus dem Schmelzöfen infolge Schleimfähigkeit des Deckels hervor kommenden Camphiledämpfe ausgesetzt gewesen. Indessen, selbst wenn L. den Kastendeckel nicht geöffnet hätte, sich vielmehr zum Zwecke des Erwärmens auf den Schmelzöfen gesetzt oder, was wahrscheinlicher ist, gelegt hat, so würde er, auch wenn er nur eine Stunde den entweichenden Camphiledampf aufzunehmen genötigt war, schwer vergiftet worden sein. Es heißt dann weiter:

Die Vergiftungssymptome spielten sich auf dem Kasten ab. Sonst wurde L. nicht auf dem Kasten gefunden worden sein. Es ist geradezu charakteristisch für den Ablauf dieser Vergiftung, was der Aufsichtsbeamte Dr. Trzebil anzubietet: „Der Tod lag auf dem mittleren Schmelzöfen mit Camphilstoff geschlossenem Munde, so daß man zunächst auf einen epileptischen Anfall schloß.“ Und der Arzt der Berufsgenossenschaft fand die ausgesprochene Rieserkräze, so daß er die Rieke nur gewaltsam zu öffnen vermochte. Dies sind Camphilenwirkungen, die sich mit den Wirkungen des Kampfers völlig decken. Gegenüber solchen biologisch zwingenden Beweisen kann die nackte Behauptung des Aufsichtsbeamten und des Dr. Heyl, daß Camphilen ein „völlig unschädlicher Körper“ sei, übergegangen werden. Sollte aber trotzdem seitens dieser Herren ein Zweifel bestehen, so würde derselbe sofort behoben werden, wenn sie an sich einen Einatmungsversuch mit den den Schmelzöfen entweichenden Camphiledämpfen machen wollten. Reichen zur Stütze meiner Auffassung des Geschehens die angeführten Tatsachen schon aus, so gibt es doch noch eine Feststellung, die die Vorwürfe übersehen haben und die bedeutungsvoll ist. In dem Sektionsprotokoll wird angegeben: „Die Haare riechen nach künstlichem Kampfer.“ Da diese Feststellung drei Tage nach dem Tode des L. gemacht wurde, so ergibt sich ohne weiteres daraus, daß viel Camphilen in Dampfform in die Haare gedrungen sein mußte, weil wenig in diesen drei Tagen wieder verdampft sein würde. Dies läßt den weiteren Schluss zu, daß der Kopf den Dämpfen des Camphilen besonders ausgesetzt gewesen ist.“

Aus diesem zieht der Gutachter die Richtigkeit seiner Auffassung, daß L. gesund oder bereits vergiftet sich auf den Schmelzöfen gesetzt oder gelegt hat. Denn nur so könnte der entweichende Dampf in die Haare dringen und durch Nase und Mund eingeatmet werden. Sei es, wenn die Ventilation eine genügende gewesen wäre, was der Sachverständige in dessen bestreitet, so würde auch diese an der Aufnahme des Camphiledampfes nichts ändern.

Professor Dr. L. bestreitet dem Chemiker Dr. J. die Berechtigung zu der Schlussfolgerung „seiner Analyse“, die den Tod durch Vergiftung ausschließt. Denn der obduzierende Kreisarzt Dr. Al. habe Dr. J. weder das Gehirn, noch die Lungen übergeben. Besonders die letzteren indessen waren die geeigneten Objekte.

Die Annahme des Obduzenten und auch die des Dr. Heyl, daß der Tod durch Herzähmung eingetreten sei, ist irrig. Dann heißt es in dem Obergutachten weiter:

Und zu allen angeführten Gründen, die gegen die Annahme eines aus inneren Gründen erfolgten Todes sprechen, kann noch der angeführt werden, daß es ausgeschlossen ist, daß ein Herzkranker unmittelbar nach dem Todseintritt „mit ausgesprochenem Kindackenkrampf“ gefunden wird, so daß man auf einen epileptischen Anfall schließen.“

Der Obergutachter sah auf die ihm vom Reichsversicherungsamt gestellten Fragen sein Obergutachten dahin zusammen: „... L., dem die Giftigkeit des künstlichen Kampferdampfes unbekannt war, ist auch durch ihn zu grunde gegangen. Er kannte ihn in der Nacht vom 16. zum 17. September bei der Arbeit an einem Schmelzofen aufzunehmen und nahm ihn auf. Die Vergiftung vollzog sich wahrscheinlich schnell, weil die vorhandenen Bedingungen für die Aufnahme des Giftes: Dampfform und Temperatur, den Eintritt in den Körper bzw. in Gehirn und Rückenmark beschleunigten.“

Zum Verhandlungstermin überreichte die Berufsgenossenschaft ein „Gutachten“ ihres technischen Aufsichtsbeamten,

welcher den künstlichen Kampfer für völlig ungefährlich erklärt. Die Berufsgenossenschaft beantragte Berufserweisung des Rekurses. Wir bemängelten das „Gutachten“ des Aufsichtsbeamten, bat um Beurteilung der Berufsgenossenschaft, eventuell die Neuerungen des Aufsichtsbeamten dem Herrn Obergutachter zur Rückäußerung zu unterbreiten.

Der erkennende Senat beschloß, einen Lokaltermin im Unfallbetriebe abzuhalten. Am 7. April 1909 fand der Lokaltermin statt, an welchem der Herr Vertreter des Reichsversicherungsamts, Herr Professor Dr. L., die Bellagie und für die Klägerin ihre Vertreter teilnahmen und welcher für die Betriebsleitung nicht gerade schmeichelhaft ausgefallen ist. Die Ventilation muß als höchst primitiv bezeichnet werden. Überraschend war die Vernehmung des Vorarbeiters R. Durch die Aussage wurde festgestellt, daß der Deckel des Schmelzofens, auf welchem L. liegend tot aufgefunden wurde, ebenso der Deckel eines zweiten Schmelzofens offen standen. Das L. sprang, war über die Norm geöffnet, so daß der Camphiledampf den stark angeheizten Schmelzöfen in Mengen entweichen konnte.

Herr Professor Dr. L. wurde nur noch um Abgabe einer Rückäußerung auf die Einsprache, die der technische Aufsichtsbeamte Dr. Trzebil und die Fabrikleitung gegen die wissenschaftlichen Darlegungen über die Giftwirkungen des künstlichen Kampfers erhoben haben, ersucht. Der Obergutachter hat dem entsprochen. Er faßt noch einmal alle maßgebenden Momente zusammen, erörtert die Beweisaufnahme in dem Lokaltermin und resümiert dahin: „Dass der Tod durch Vergiftung eingetreten war, stand schon vor dem Lokaltermin fest, indessen jetzt liegt absolut keine andre Todesursache vor. Da aber für den Tod einzureichender Grund vorhanden sein muß und die Sektion keinerlei Hinweis auf einen solchen ergeben hat, so kann nur das Camphilen den zureichenden Grund darstellen.“

Er kritisiert dann die Neuerungen des Betriebsführers Sch. und betrachtet diese als nur dazu bestimmt zu sein, eine psychologische Wirkung zu erzielen. Sie stellen nach der Ansicht des Obergutachters indessen nur den untauglichen Versuch dar, feststellende wissenschaftliche Tatsachen und die Schlußfolgerungen aus diesen mit unzulänglichen Mitteln der Phraselogie zu bekämpfen.

Nach weiteren Darlegungen über die Wirkungen des Kampfers ist der Obergutachter der Ansicht, daß seine bisherigen Argumente wohl genügen dürften, um die Stellungnahme der „Chemischen Fabrik auf Altien“ zu dem Todesfalle des L. zu kennzeichnen und die einem Toxikologen gegenüber aufgestellte Behauptung des Betriebsführers Sch. in das rechte Licht zu stellen: daß die Dämpfe des natürlichen Kampfers ungiftig seien. Wenn nach alledem der Betriebsführer Sch. und der Aufsichtsbeamte Dr. Trzebil den Dampf des natürlichen und künstlichen Kampfers indessen noch für ungiftig halten, dann würde sich der Obergutachter erütteln, an ihnen beiden die Versuche vorzunehmen, die geeignet sind, sie vom Gegenteil zu überzeugen.

Den Schlüß dieses interessanten Gutachtens wollen wir wörtlich wiedergeben: „Es heißt darin:

„Die Chemische Fabrik auf Altien kannte meiner Überzeugung nach die Giftigkeit des künstlichen Kampfers in großen Mengen:“

1. Sie kannte sie aus Experimenten, zu denen sie das Material geliefert hat und die in der Literatur verzeichnet sind.

2. Sie kannte sie aus den Erfahrungen, die sie selbst mit Arbeitern und einem Chemiker gemacht hat.

3. Sie kannte sie, weil sie, wie aus der Verhandlung am 7. April hervorging, angeordnet haben will, daß die Deckel nicht zu weit geöffnet werden sollten.

4. Sie kannte sie wissen, weil auch der Vorarbeiter angab, daß die Dämpfe „unangenehm“ waren.

Es mußte eine Sicherung dafür getroffen werden, daß:

a) die Deckel der Schmelzöfen festhielten,

b) ein zu starkes Dampfzulassen in die Schmelzöfen verhindert wurde,

c) eine genügende, stetig wirkende Ventilation in dem Raum vorhanden war. Es mußte

d) eine Belichtung für den die Regulation der Höhe besorgenden Arbeiter gedruckt in dem Raum angebracht werden, und

e) der technische Aufsichtsbeamte durfte sich nicht auf die willkürliche Angabe des Betriebsführers verlassen, daß er — obwohl Laius — diesen Spezialbetrieb als für gefahrlos ansiehe. Er mußte den nicht schließenden mittleren Schmelzöfendeckel nicht machen lassen, weil meiner wissenschaftlichen Überzeugung nach schon diejenigen Mengen Camphiledämpfen, die dem nicht schließenden Kasten entquellen, ausreichen, um einen auf dem Kasten längere Zeit sitzenden Menschen zu vergiften.

Mich nimmt es Wunder, daß hier nicht strafrechtlich eingegangen worden ist. (Vom Verfasser unterstrichen.)

L. ist durch die Aufnahme übermäßiger Mengen frei den Schmelzöfen entströmender, an und für sich giftiger Camphiledämpfe zugrunde gegangen.“

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie ließ es nunmehr nicht zu einem Verhandlungstermin kommen, sondern erklärte den Tod als Betriebsunfall infolge Vergiftung an.

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie möchte nun wohl zur Überzeugung gekommen sein, daß der Beweis: daß künstlicher Kampfer giftig sei, in ausreichendem Maße erbracht ist. Sie erklärte den Tod als Betriebsunfall, herbeigeführt durch Vergiftung von Camphilen, künstlichen Kampfer, an. Damit sollte der Rekurs zurückgenommen werden. Die Witwe

und ihre Waisen erhalten die gesetzliche Hinterbliebenenrente.

Merkwürdig ist in diesem Prozeß das Gebaren der Fabrikleitung, — indessen noch merkwürdiger das Verhalten des abdizierenden Arztes und des Schiedsgerichtsrates bezüglich der von ihnen gestellten Diagnose, daß der Tod am „Herzschlag“ erfolgte.

X.

Vom Schlachtfeld der chemischen Industrie.

Bitterfeld. Am 6. November, vormittags 10 Uhr, ereignete sich auf der Chemischen Fabrik „Griesheim Elektro“ (Werl I) ein schrecklicher Unfall dadurch, daß eine Phosphorrotorexploration explodierte. Bei diesem Unfall wurden zwei Arbeiter sofort getötet, einer schwer und einer leicht verletzt. Von den schwer Verletzten starb noch einer am Abend des Unglücksstages im Bitterfelder Krankenhaus, wohin er gebracht worden war. Sofort getötet wurden der Russische Scharfsmidt und der Arbeiter Polonsky, während der Arbeiter Krebsmaier erst am Abend seinen Verletzungen erlegen ist. Die Toten waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt bzw. verbrannt. Auch die noch Lebenden haben schreckliche Verbrennungen davongetragen. Den Zimmerleuten Rose und Hennig sind Arme, Oberkörper und der Kopf verbrannt. Rose, der wie eine lebende Feuerzunge brannte, sprang in den in der Nähe befindlichen Landgraben. Rupphorst und Hart waren ihm vollständig abgebrannt. Moderne Scheiterhaufen!

Dem Schlosser Franke wurde durch ein Eisenstück ein Oberschenkel zerstört und durch umherprasselnden Phosphor die Arme verbrannt, während der Arbeiter Büschel nur Brandwunden an den Händen davontrug. Der Schlosser Franke ist derjenige, welcher bei dem Unglück im Frühjahr, welches im Schwefelphosphor entstand, zur Zeit des Unglücks gerade anstreiten gegangen war und von dem der Ingenieur Sierenberg in einer Anwendung von „Menschheitsgefühl“ gelagt hatte, daß er mit seiner Faulheit so weggekommen sei. Hoffentlich ist der Herr jetzt bestreitigt!

Man darf sich nur wundern, daß die Arbeiterschaft, die doch für solche Menschen jeden Augenblick ihr Leben aufs Spiel setzt, bei solchen Unfällen die Stütze bewahrt. Ein Wunder wäre es wohl kaum nicht, wenn das Gegenteil eintrete. Wenn man sich bei andern Unfällen (Streiks usw.) immer von gewisser Seite Ruhe gibt, nachzuholen, daß der Arbeiter leicht zu Erzeugen neige und man „Schußmohrregeln“ (Kies, Polizei, Gendarmerie, Militär, Maschinengewehr) treffen müsse, so ist hier sicher Klipp und klar das Gegenteil bewiesen. Zur gefalligen Erinnerung empfohlen!

Aun zu den Ursachen des Unglücks. Wie konnte es entstehen? Vorerst Naturgewalten im Spiel? Sind unvorhergesehene Zwischenfälle eingetreten? Nichts von alledem! Wenn man den Gerichtsponktionen gegenüber erklärt hat, es sei alles in Ordnung gewesen, so können wir die Motive hierzu begreifen; man wird uns aber gesloten müssen, eine andre Ansicht zu haben. Auch wir sind der Meinung, daß man durch Beistrichung der eventuellen Schuldigen den Familien ihres Ernährers nicht widerrufen kann. Unsre Kritik soll deshalb vor allem dazu mitthelfen, daß in Zukunft solche Fälle vermieden werden. Und weil das Benehmen des Betriebsleiters unserer Meinung nach auf alles anderes als Abstellung der Missstände schließen läßt, seien wir vorans, daß die Misschtsbehörde, durch diesen Artikel gewarnt, in Zukunft ein schärferes Augenmerk auf diesen Betrieb haben wird.

Schon am Freitag (dem Tage vor dem Unglück) mußte der Dedel an der dem Vorlege gegenüberliegenden Seite der Retorte ausgewechselt werden, „weil er unrichtig wurde“. Es wurde durch einen neuen ersetzt, welcher sich aber schon am Sonnabendmorgen als unrichtig erwies, so daß die Schranken angezogen werden mußten. Da auch das Anziehen die gewünschte Wirkung nicht hatte, mußte der Arbeiter Krebsmaier die unrichtig gewordene Stelle mit Messer abzudichten versuchen. Gleich daraus folgte eine sichtbare Detonation, die den ganzen Fabrikbereich in leisen Sprengeschoß erschüttern ließ — das Unglück war geschehen, der Dedel war mit dem in der Retorte befindlichen Phosphor gegen das ca. 10 Meter entfernte Zerlegungsgebäude geschleudert worden, während die mehr als 100 Betriebe schwer Rechte selbst aus dem Wasserwerk herausgerissen und gegen die ca. 5 Meter entfernte andre Retorte geschleudert wurde, aus welcher durch den Druck das in ihr befindliche Rührwerk heraustrat und worden ist. Hieraus kann man ungefähr ersehen, welch furchtbare Druck in der ersten Retorte vorhanden gewesen sein muß.

Es steht auch sonst nicht zu verstehen, wie die ungefähr 12 bis 15 Meter vor der Retorte beschäftigten Zimmerleute so törichten verbrannt werden konnten. Charakteristisch ist es überhaupt, daß alle Betriebsleiter, mit Ausnahme Krebsmaiers, nicht zu dem Unglücksberichte geführt.

Wie konnte aus dieser ungeheuren Druck entstehen? An der Stelle, wo das Vorlege steht, befindet sich oberhalb der Höhe ein Abzugsschacht, durch welches der Druck, der immer Phosphor mit sich führt, aus der Retorte entweichen kann. Der hier mitgeführte Phosphor wird in ein mit Wasser gefülltes Gefäß geleitet.

Der Gerichtsponktionen gegenüber ist erklärt worden, daß sich die Abzugsvorrichtung in Ordnung befunden habe. Mit Verstand: wir wegen das zu beweisen. Schon die Anerkennung der an der Seite beschäftigten Person, welche morgens bei Eintreten der Sitzung gesagt wurde: „Gestatte freigegen wie wieder viel Schweißerei“, gibt uns ja diesen Zweck befriedigter Aufschluß.

Dieser sei nachstehend bestätigt:

Der durch die Abzugsröhre in das Gefäß geführte Phosphor füllt zu zum Teil an der Innenseite der Röhre an und würde, wenn die Röhre nicht gereinigt würden, den Abzug vollständig verstopfen. Um nun das Vorleger zu verhindern, werden die Röhre durch Eisenringen, an denen dann eine Drahtseile befestigt ist, von dem angesetzten Phosphor befreit. Durch den häufigen Gebrauch und durch die Entwicklung des Phosphors wird die Röhre sehr schnell abgenutzt, so dass bald nichts weiter übrig bleibt als die Stange.

Ergebnis ist in letzterem Falle die Reinigung schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Den beiden Beschäftigten Arbeiten ist es nun leicht möglich, festzustellen, ob die Abzugsvorrichtung funktioniert oder nicht. Da der Phosphor bei seiner Verarbeitung eine gewisse Größe erreicht, und die Abzugsröhre sehr kurz, was aber nicht bedenkt werden kann, so kann die Röhre zu einem zitternden Zustand des Phosphor-partial bestehen.

Und der Arbeiter kann dann, so ist das ein Zeichen dafür, daß der Abzug nicht in Ordnung ist. Und die Röhre waren am Morgen des Unglücksstages saß. Das war auch der Grund, weshalb die Arbeiter die „Schweißerei“ befürchteten. Sie erwarteten Röhre zu haben, die nicht saß, wie besprochen, die Röhre war gewissermaßen, wäre eine Explosions unumgänglich gewesen.

Deshalb hat man dann das Röhrend, welches nun allerdings nicht mehr das zum Teil an der Innenseite der Röhre an und würde, wenn die Röhre nicht gereinigt würden, den Abzug vollständig verstopfen. Um nun das Vorleger zu verhindern, werden die Röhre durch Eisenringen, an denen dann eine Drahtseile befestigt ist, von dem angesetzten Phosphor befreit. Das war auch der Grund, weshalb die Arbeiter die „Schweißerei“ befürchteten.

Hier ist noch folgender Vorzug anzuhören: einige Zeit darauf, als die Unternehmensformation der Chemie des Reichs verfügte, brauchte es in Schwedt/Oder, von den Arbeitern verlangt, daß sie im Schmelzofen des Umlaufs verbleiben, bis der Ofen fertig ist. Das wollte an dieser Stelle der Umlaufs nicht zugehen, was kann aber besonders daran liegen, daß jetzt ein Betriebszettel besteht, der in den Umlaufs fest, in dem Schmelzofen festgehalten haben kann.

Und was ist die Grundidee dieser fortwährenden Betriebszettel? Die diente als Sicherheitszettel, die in feierlichem Formular den Betrieb kontrolliert, als auch den Arbeitern bestätigt, um möglichst wenige Arbeitsschäden ein möglichst großes Gewinn zu lassen. Dies kann es nicht der Betrieb, ausgesetzten, keiner zu lassen. Die jetzt Döbeln erfordert, daß nicht den Arbeitern die Arbeit sei.

einem Lohn von 32 bis 35 Pf. pro Stunde schwach geholt werden? Und dann: ist es richtig, daß in solch gefährlichen Betrieben noch 12, ja sogar 24 Stunden hintereinander gearbeitet werden muß? Warum wird nicht ein Mann gestellt, der ausschließlich die Retorten zu bearbeiten hat? Warum wird von den Leuten noch Nebenarbeit verlangt und weshalb werden diese Leute bestraft, wenn diese Nebenarbeit nicht geleistet wird? Das sind Gründe, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Auch die Arbeiter selbst tunnen hier ein gut Teile mitthelfen. Sie sind es nicht nur sich, sie sind es auch ihre Familie schuldig, das sie den Gräueltreter so lange als möglich erhalten sollen. Komme leider mit der Ausrede: Wir ist noch nichts passiert. Was heute dem einen geschieht, kann morgen dem andern zustoßen, vor allem dann, wenn die Zustände so bleiben.

Well über die Arbeiter, und zwar aus Erfahrung, wissen, daß diese Zustände nicht so ohne weiteres gebessert werden, deshalb ist es ihrer Sicht, selbst Hand anzulegen. Und weil der einzelne machtlos ist, deshalb ermutigt für jeden Arbeiter daraus die Wicht, sich seiner gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, in den Mitgliedsverammlungen solche Missstände zu befrieden, über ihre Abstellung zu beraten und eventuell mit Hilfe der Organisation die Abstellung der Missstände durchzuführen.

Leider gibt es auch auf dem Werl I noch sehr viele Arbeiter, die da glauben, durch Eigenbedelei zum Ziel zu gelangen. Sie können nicht von dem Vorwurf freigesetzt werden, daß sie mitshuldig an den Zuständen sind, die solche Vorwürfe ihrerseits bringen. Erwacht, ihr Arbeiter der chemischen Industrie heraus aus eurer Leidigkeit! Hinein in die gewerkschaftlichen Organisationen! Vorsicht allen kreativen Hader beiseite; schließt die Phalanx und dann Schulter an Schulter mit euren Arbeitsbrüdern und Brüderinnen vorwärts, einer besseren Zukunft, einer gesegneten Freiheit entgegen!

Die Auswirkung der geistigen Arbeit in der chemischen Industrie.

Die Bonner Fahrtversenkung unter Unternehmerorganisation von 1909 verhandelte auch wieder einmal das Anrecht auf Erfindungen ihrer wissenschaftlich gebildeten Angestellten, das die chemischen Kapitalisten sehr energisch zu behaupten versuchen. Es lagen, wie das jetzt veröffentlichte Protokoll ergibt, Anträge vor, die zu Beschlüssen erhoben wurden und die den Unternehmern ohne weiteres das Recht auf Erfindungen zusprechen, sobald der Erfinder kost seines Dienst- oder sonstigen Vertragsverhältnisses dem andern zu einer Beleidigung verpflichtet ist, in deren Bereich Gegestand oder Verfahren von der Art des Erfindenden fallen. Man hätte nun meinen sollen, daß damit der kapitalistischen Ausnutzung geistiger Arbeit mehr als genug gedient wäre. Ein Herr Dr. Siegle aber hielt es für seine Aufgabe, in den Verhandlungen nochmals den Schafnacher zu spielen und die Sache so vorzustellen, als wenn der Unternehmer vorteil durch jene Fassung noch lange nicht wirklich genug gewahrt wäre. Der Mann mit den „scheiden“ Gründen sagte an zwei verschiedenen Stellen der Debatte:

„Wir haben uns von unserer ursprünglichen Stellung durch die Forderungen der Angestellten immer weiter abdrängen lassen. Ich möchte doch dem Ausdruck geben, wenn ich auch nicht dagegen sein will, daß wir den Verlust haben. Den Forderungen der angestellten Chemiker muß seitens der industriellen Arbeitgeber energetisch entgegengestellt werden. Die kleineren Fabriken können die Verhältnisse nicht durch die goldene Urteile der großen Fabriken annehmen. Für sie ist die Anstellung eines Chemikers eins der bedeutendsten und größten Risiken, und man kommt noch die Konkurrenz auszuhalten. Der Kasten wird dadurch, daß er vertrauensvoll alles in die Hände des Chemikers legt, von diesem vollständig abhängig. Ich bitte, die Fragen über die Folgen eines solchen Entgegengestommens auch zu berücksichtigen. Eine Frage, die uns in nächster Zeit im deutschen Wirtschaftsleben beschäftigen wird, ist die, ob die Theorien mancher Professoren und Gelehrten schädlich auf die private wirtschaftliche Entwicklung einwirken. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß diejenigen, die die Kosten dieser theoretischen und offensichtlich sehr gut gemeinten Lieberlegungen bezahlen müssen, sich darüber klar werden müssen, ob sie vermögen. Die Sache liegt viel einfacher, als sie erscheint. Wenn Sie jetzt den Stettiner Rücken zusammen, so ist das bloß Sand in die Augen gestreut. Wenn Sie jetzt zusammen, werden Sie in vier bis sechs Wochen den Kampf haben. Sie können nicht alles von dem Standpunkt der großen Fabriken aus ansehen.“

Die Stettiner Bekämpfung mit ihren weitgehenden Vorrechten der Kapitalisten auf die Erfindungen ihrer Angestellten wurden mit allen gegen eine Stimme, offenbar diejenige des Dr. Siegle, angenommen. Es wäre nun interessant, zu erfahren, wo dieser Mann seine Fabrikpraxis treibt und wie er seine geistigen und körperlichen Arbeiter beschafft, nutzt, nutzt er von ihnen so weitgehende Aufopferung im Interesse des Unternehmers verlangt.

Weltproduktion von Petroleum im Jahre 1908.

Nach einem der amerikanischen Regierung erstatteten Bericht belief sich die Weltproduktion von Petroleum im Jahre 1908 auf insgesamt 38 052 283 Tonnen (ca 1000 Kilogramm) gegen 35 032 285 Tonnen im Jahre 1907, so daß sich für das vergangene Jahr eine Mehrproduktion von 3 019 998 Tonnen ergibt. Den ersten Platz unter den Petroleumproduzenten nehmen die Vereinigten Staaten ein, auf die 53 Prozent der Weltproduktion entfallen. Als dann folgt England mit 21,75 Prozent, an dritter und vierteter Stelle stehen Spanien und Rumänien mit 4,61 Prozent und 3,02 Prozent. Dann folgt Niederländisch-Indien mit 3 Prozent, während alle anderen Länder sich in den Rest von 4,82 Prozent der Weltproduktion des Jahres 1908 teilen. Ein Vergleich mit den vorhergehenden Jahren gestaltet die nachstehende Tabelle:

Vaterland	Tonnen			Proz. der Welt- pro- duktion 1908
	1908	1907	1906	
Vereinigte Staaten von Amerika	23 942 997	22 149 862	16 784 602	63
Rumänien . . .	70 400	105 200	75 777	0,19
Peru . . .	464 188	133 355	—	1,22
Spanien . . .	134 834	8 752	5 640	0,35
England . . .	8 291 526	8 247 795	7 833 310	21,75
Österreich-Ungarn . . .	1 148 243	1 116 916	1 152 122	3
Polen . . .	1 754 022	1 176 974	729 239	4,61
Rumänien . . .	1 147 727	1 129 097	887 091	3,02
Deutsch-Ostasiens . . .	672 928	579 316	534 001	1,76
Japan . . .	276 124	268 129	227 532	0,72
Niederländisch-Indien . . .	141 900	106 379	76 954	0,35
Snägetamt (einschließlich anderer Länder)	38 052 283	35 032 285	28 315 820	100

Sehr bemerkenswert ist die Produktionsteigerung in Mexiko, Peru, Galizien und Deutsch-Ostasiens. Die Betriebsarbeiter aber bei aller Ausdehnung der Produktion seit Jahrzehnten unter derartigen schwierigen Verhältnissen sind doch nicht sehr erfreut. Es deutet sich an, daß die Arbeitsschäden nicht geringer geworden sind.

X. Menschenopfer. Auf der Chemischen Industrie in Gelsenkirchen-Scholven explodiert am Sonnabend, dem 6. November, abends ein Gaszylinder, wodurch mehrere Eisenstäbe herumfliegen, welche bei der Nähe wählenden Arbeiter A. Krämer so ungünstig trafen, daß ihm das Auge direkt durchgeschlagen und ein Schenkel gebrochen wurde. Die Feuerwehr brachte den Unglückslichen mittels Krankenwagen in das katholische Krankenhaus, wo er gleich nach der Einlieferung

im Betriebe der Schwefelsäurefabrik von Gr. Curtius in Gelsenkirchen starzte am Freitag, dem 29. Oktober, ein etwa 3000 Liter Säure enthaltender Balkon aus einer Höhe von etwa zwei Metern von einem Bild herab und platzte. Der in unmittelbarer Nähe befindliche Arbeiter Joh. Küpper erlitt schwere Brandwunden an beiden Beinen und wurde mittels Krankenwagen in das Gingsen-Hospital gebracht. Ein anderer Arbeiter, G. Kühn, wurde die mit schweren Säure getränkten Kleider sofort ab und rettete sich über eine Mauer, so daß er mit getragenen Kleidungsstücke davontat.

Mitglieder haben vor in diesem Betriebe noch nicht die Organisation ist in diesem Betriebe stark verpönt.

X. Garburg. Recht traurige Zustände herrschen auf dem Werl I. Garburg. Die Produktionshöhe wird nie ausgenutzt. Es sind nur wenige Betriebe, die Produktionen sind in armen, doch man sagt, sehr kleinen Betrieben, die nicht ausreichen, um einen Betrieb aufrecht zu erhalten, da dieses aus dem Bureau geholt werden muss. Es ist das Bureau geschlossen, und die Arbeiter auf den Gewerkschaftsversammlungen angewiesen. Für das während des Streiks beschäftigte Klausenbergergenossen gelangte freilich zur Aussage: das gilt jetzt fast stets rechtlich nicht mehr. Missgeschicke sind jetzt sehr schlecht. Um sich zu reinigen, müssen die Arbeiter die Megenvatraufe benutzen, als Handtuch dient ein alter Sac. Schrank zur Aufbewahrung der Kleidung kennt man nicht. Es mangelt eben an allem: So diese Missstände zeigen aber auch davon, daß die Arbeiterschaft nicht auf dem Posten ist, sonst würde schnell auf sie hingewirkt werden.

Aus der Zement- und Ziegelseindustrie.

= 25 Prozent höhere Ziegelpreise.

Der „Zug zur Befreiung“ ging von dem Oberhessischen Ziegelpalast in Mainz eine Verjährung zu, die auch die Zieglerkollegen interessieren durfte. Sie lautet:

Die Meinung, daß das Syndikat „keine besondere günstige Erfolge für die Backstein- und Ziegelfabrikation gebracht“ habe, steht dem Zuschlag diametral gegenüber; nicht allein, daß das Syndikat den ihm angeschlossenen Werken rund um 25 Prozent höhere Preise als vor dem Verbleben des Verbandes gebracht und während seiner Existenz seine Mitglieder vom Kapitalverlusten bewahrt hat, ist es ihm gelungen, aus ersparten Kostenbeiträgen 12 Prozent Dividende zu zahlen und auf ein eingezahltes Stammdkapital von 67 500 M. bereits am Ende des letzten Geschäftsjahres 12 000 M. oder fast 20 Prozent Reinertrag angemommen.

Die Ziegeleiarbeiter dieses Bezirks können leider nicht von einer Preissteigerung ihrer Arbeitskraft berichten. Im Gegenteil, ihre Löhne sind im Jahre 1908 durchschnittlich noch um über 2 Prozent gesunken. Und warum das? Weil die Mehrzahl der Ziegeleiarbeiter jede Vereinigung sehr ablehnend hält. Mögen sie von den Ziegeleibesitzern lernen.

= Die Berechnigte Mosaikeplatte A.G. in Friedland i. M. erzielte im Geschäftsjahr 1908/09 einen Reingewinn von 89 112 Mark. Die Generalversammlung der Aktionäre beschloß, 7 Prozent Dividende zu verteilen, gegen 5 Prozent im Vorjahr. Die Direktion berichtete, daß der Umsatz der letzten Monate den der Vorjahr ganz erheblich übersteigen habe und daß die noch vorliegenden Aussichten für die nächsten Monate eine mindestens normale Beschäftigung gewährten. Da die Lage des Ziegelwerkes in dieser Beziehung begreiflich sei, so dürfte auch für 1909/10 mit einem erhöhten Umsatz und einem zufriedenstellenden Ergebnis zu rechnen sein. Hoffentlich trifft letzteres auch für die Arbeiter dieser Betriebe zu.